

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abohmentpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.—Mf., bei Selbstabholung 5.50 Mf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.—Mf., für einen Monat 6.—Mf. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — Postscheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 13683. — Verlag in Leipzig,  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4598

Interratenpreise: Die 7gehaltene Kolonelszeile oder deren Raum 1.00 Mf.  
bei Platzvorschrift 2.30 Mf.; Familiennachrichten, die 7gehaltene Zeile 1.70 Mf.  
Reklame-Kolonelszeile 7.50 Mf. — Telefon für die Interraten-Abteilung 2721  
Schluß der Interraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Die internationale Konferenz in Wien.

(Drahtmeldung unseres Berichtersstatters.)

Wien, 23. Februar.

In der Mittwochssitzung präsidierte Grimm. Die Mandatsprüfungskommission hat ihre Arbeit noch nicht vollendet, daher wird Punkt 2: Imperialismus und soziale Revolution vorgenommen. Wallhead-England berichtet. Er will hauptsächlich den englischen Imperialismus schildern, denn wenn er den englischen Arbeitern keine Prosperität gebracht hat, den Arbeitern des Landes, das am meisten an Land geraubt hat, so kann der Imperialismus den Arbeitern anderer Länder noch viel weniger Prosperität geben. Von 1881 bis 1903 hat England sein Territorium um 4 Millionen Quadratmeter vergrößert unter der verlogenen Begründung, daß der Handel der Flotte folge und die Prosperität der englischen Arbeiter verbürgt. Die Kolonialpolitik geht aber ein andres Bild. Der Handel wächst durch Kolonien nur wenig. Der wirkliche Zweck des Landraubes ist die Schaffung von Anlagen gelegenheiten für das Kapital. Aus diesen Kapitalanlagen in den Kolonien stammt der ungeheure Reichtum der englischen Kapitalistenschaft. Für die Arbeiter kommen nur heraus die Kosten ungewöhnlicher Militärausgaben, gleichzeitig folgt die Spaltung Europas in zwei feindliche Lager. Die englische unabhängige Arbeiterpartei hat den Krieg energisch bekämpft und sie bekämpft aus demselben Grunde den Versailler Vertrag, der keinen Frieden sende und nur die Quelle neuer Kriegsgefechte sei. Die unabhängige Arbeiterpartei sei entschlossen, diesen Kampf fortzuführen, bis den mitteleuropäischen Völkern die Freiheit wiedergegeben sei, ihr Wirtschaftsleben aufzubauen. (Verbesserter Beifall.) Die englischen Arbeiter empfinden am ehesten Peine des Unrechts, das anderen Völkern angeht. Während Deutschlands Schiffe genommen sind, sind die englischen Werkarbeiter arbeitslos. Die Verantwortung des deutschen Militärischen war gut, aber unter französischen Genossen sind neuwied einverstanden, daß es nicht gut ist, wenn an seine Stelle der französische Militärismus tritt, ebenso wollen sie nicht, daß der deutsche Marinismus erlebt wird durch Englands, Amerikas und Japans Seeherrschaft, deshalb ist es Pflicht der Arbeiter aller Länder, eine gemeinsame Front zu bilden gegen den gemeinsamen Feind. Englands Partei ist froh darüber, daran mitzuwirken. Die einzige Rettung bleibt die Vereinigung aller proletarischen Kräfte zur Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln des Imperialismus, zur Ausrichtung des Sozialismus. (Verbesserter Beifall.)

Da die Kommission zur Behandlung des Themas nicht gewählt werden soll, bevor die Mandatsprüfungskommission ihre Arbeit beendet hat, wird die Verhandlung vertagt. Dann gibt während Debates präsidiert Adler den Bericht, aber die Mandatsprüfungskommission hat die meisten Mandate ohne weiteres anerkannt bis auf wenige Weitkreise Bulgariens, die vorläufig nur als Güte zugelassen werden. Die ungarische Exilgruppe um Kun ist aufgelassen, doch will man mit der offiziellen ungarischen Sozialdemokratie nichts zu tun haben. Deutschland, England und Frankreich erhalten je 10 Stimmen, die Schweiz 7, Österreich und Rußland je 8, Jugoslawien, Rumänien, Tschechoslowakei je 5, Lettland 4, Ungarn und Rothe Zion je 2, Litauen 1 Stimme. Amerikas Partei teilte brüderlich mit, sie schickte keinen Delegierten aus finanziellen Gründen und weil sie noch keine innere Klarheit habe. Nachdem die Kommission für den zweiten Tagessordnungspunkt gewählt ist, tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags spricht Adler zum 3. Punkt: Methoden und Organisation des Klassenkampfes. Er grenzt seinen Standpunkt ab gegen den naiven Pazifismus der Vorfrager und die Aufstellung der Kommunisten, wonach der Krieg die Quelle des Glücks sei. Das revolutionäre Problem sei nicht einfach zu lösen durch die Schlagworte Diktatur oder Demokratie oder Antikapitalismus. Die Frage sei zu lösen je nach den Verhältnissen der einzelnen Länder. Die künftige Internationale soll bindende Beschlüsse fassen, aber nicht Diktate von oben erlassen, sondern soll ein gemeinsames Urtheil von Gleichen unter Gleichen bringen. Moskau habe viele Bedingungen, aber nur eine kleine Abhängigkeit. Die Kommission sei sich einig, daß der Aufbau der künftigen Internationale leider nicht eine Freude von heute sei, ihre Aufgabe sei eine Freude der Geduld. Das Draufgängertum könne nur Scheiben erzielen. Aber ich schließe: Arbeiten wir eifrig für unser großes Ziel. (Verbesserter Beifall.)

## Zur Kündigung des Überhauptabkommen.

Berlin, 24. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Das Berliner Tageblatt meldet aus Bochum: Über die Kündigung des Überhauptabkommen durch die Bergarbeiterverbände sind in den letzten Tagen verschiedentlich durchaus irreführende Mitteilungen durch einen Teil der Presse gegangen. Schon seit Monaten, zum mindesten lange bevor die neuen Kohlenforderungen der Entente bekannt waren, haben die Betriebs- und Mitgliederversammlungen der organisierten Bergarbeiterchaft im Ruhrrevier die Kündigung des Überhauptabkommen verlangt, und von den Vertretern des alten Bergarbeiterverbundes wurde die Kündigung für Ende dieses Monates gefordert. Hiergegen wurde aber seitens des Gewerkschaftschriftherbergs Bergarbeiter Einspruch erhoben und abschließend mit Rücksicht auf die Londoner Verhandlungen mit der Entente die Kündigung um 14 Tage verschoben, so daß diese jetzt

am 18. März ausgesprochen werden wird. Die Organisationen begründen ihr Vorgehen damit, daß der Gesundheitszustand der Bergarbeiter die Aufrechterhaltung des Abkommen, das von vornherein nicht als eine Dauereinrichtung gedacht war, nicht länger zuläßt. Man weist darauf hin, daß die Zahl der Betriebsunfälle unter der Einwirkung der Überhaupten im besorgnisreichen Weise zugenommen hat. Auch steht ein großer Teil der Bergarbeiter auf dem Standpunkt, daß ein wirklicher Förderanzen durch die beständigen Überhaupten auf die Dauer kaum gewährleistet sei. An den Tagen nämlich, an denen „übergearbeitet“ wird, weist die Förderung der gesamten Zeichen etwas über 380 000 Tonnen auf, die am folgenden Tage infolge der Ermattung der Betriebe auf 280 000 bis 290 000 Tonnen zurückgeht, um am zweiten Tage nach den Überhaupten, wenn die Bergarbeiter wieder ausgeruht sind, auf 310 000 bis 320 000 Tonnen zu steigen. Die regelmäßige Weiterfahrt dieser auf- und absteigenden Förderkurve läßt nach der Überzeugung der Bergarbeiter erwarten, daß nach dem Abbau der Überhaupten in kurzer Zeit durchschnittlich dasselbe Kohlenquantum arbeitsmäßig gefördert wird wie vor dem unter Hinzu kommen der Überhaupten. Möglicherweise werde sogar noch eine Höherleistung herauskommen, wenn man dazu übergehe, die Hauerklasse stärker zu beschäftigen.

## Drohende Regierungskrise in Thüringen?

Berlin, 24. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Nach der Volkszeitung erklärte im Thüringer Landtag der Führer der Rechtspartei, Abgeordneter Oster, Meiningen, daß die Rechtsfraktionen dem unter Leitung des reuischen Freiherrn von Brandenstein stehenden Ministerium des Innern kein Vertrauen entgegenbringen und daß sie deshalb eine Zustimmung für dieses Ministerium ablehnen müssen. Die Abstimmung wurde infolgedessen in zwei Fällen ausgeführt. Heute fand keine Sitzung statt. Die Parteien werden über die parlamentarische Lage beraten.

## Zusammensetzung des neuen preußischen Landtages.

Berlin, 23. Februar. Nach den amtlichen Berechnungen des Landeswahlleiters wird sich der neue preußische Landtag aus 428 Abgeordneten zusammensetzen. Davon entfallen auf die Sozialdemokratische Partei Deutschlands aus den Kreiswahlvorschlägen 97, aus der Berechnung der Reichstagswahl 10 und aus Überschüssen 7, zusammen 114 Abgeordnete; auf das Zentrum 64 plus 6 plus 11, zusammen 81; auf die Deutschnationale Volkspartei 62 plus 12 plus 1, zusammen 75; auf die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands 18 plus 9 plus 2, zusammen 29; auf die Deutsche Volkspartei 48 plus 10, zusammen 58; auf die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands 20 plus 10, zusammen 30, auf die Deutschhannoversche Partei 9 plus 2, zusammen 11; auf die Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes 1 plus 3, zusammen 4, darunter 1 Abgeordneter aus dem Landeswahlvorschlag, 4 Abgeordnete.

## Blutiger Zusammenstoß bei einer Lebensmittel-demonstration.

Prag, 23. Februar. Über einen blutigen Zusammenstoß zwischen Polizei und Arbeitern der Eisenwerke von Krompach in der Slowakei berichtet Rude Pravo. Das Blatt behauptet, daß ein Gendarmerie-Wachtmeister auf Arbeiterschichten, die sich vor dem Direktionsgebäude versammelt hatten, um besseres Mehl zu verlangen. Eine Frau und ein Arbeiter waren auf der Stelle tot; weitere 16 Personen wurden schwer verwundet. Erst auf die Nachricht von diesem blutigen Eingreifen der Gendarmerie gegen die Demonstranten stellten die Arbeiter in den Betrieben die Arbeit ein. Sie zogen nach der Direktionsanlage, wo zwei Beamte erschlagen wurden. Im ganzen wurden acht Personen getötet.

## Die Lage in Georgien.

Eine Niederlage der Bolschewisten?

Berlin, 23. Februar. Wie von unterrichteter georgischer Seite dem WTB mitgeteilt wird, ist die Meldung über eine Einnahme von Tiflis durch die Bolschewisten erlunden. Drahtlose Nachrichten aus Tiflis vom 23. melden eine Niederlage der bolschewistischen Truppen und eine günstige Lage der georgischen Streitkräfte. Die Darstellung der Moskauer Regierung, es handle sich nicht um einen Sieg der russischen Roten Armee auf Georgien, sondern nur um einen armenisch-georgischen Zusammenstoß und um eine revolutionäre Erhebung in Georgien, liegt mit jedem Wort eine Unwahrheit. Aus Moskau kam der Befehl zum Überfall und russische Sowjettruppen wurden dazu verwandt.

## Kapitalistische „Wiedergutmachung“

Überhaupt man heute mit sachlichem Blick den ausgeregelten Kampf um die Wiedergutmachung oder Reparation der durch den Weltkrieg hervorgerufenen ungeheuren Zerstörungen, so ist vor allem andern zu konstatieren, daß wir heute, unmittelbar vor der Londoner Konferenz, auf genau demselben Fleck stehen wie zur Zeit des Waffenstillstandes und des Friedensschlusses. Eine lange Reihe von „Reparationskonferenzen“ ist abgeschlossen worden, und man kann sagen, mit ihrer Zahl wächst die Verwirrung, tritt immer schärfer die Totsache in die Erscheinung, daß da nicht Zusätzlichkeiten und Formalien immer wieder das Spiel verderben, auch der Nationalismus und der Siegerwahn (so verhängnisvoll sie immer sind!) nicht von entscheidender Bedeutung sind: sondern daß die bis zur Stunde erwiesene Unmöglichkeit der kapitalistischen Wiedergutmachung in der kapitalistisch-imperialistischen Ordnung selbst vorhanden ist. Und es gehört keine Prophezeiung, sondern nur der Blick für das Tatsächliche dazu, um voranzuhauen, daß die Londoner Konferenz in diesem Abwärtskurs der internationalen kapitalistischen Politik und Wirtschaft seinen Wendepunkt bedeuten wird. Die großen Worte und Gesten, die gegenwärtig hören wie dröhnen gemacht werden, brauchen uns Sozialisten nicht aus der Fassung zu bringen, das ist der übliche Donner, der die Ereignisse des kapitalistischen Welttheaters begleitet. In London werden tagelang hizige, leidenschaftliche Redeschachten geführt werden, die Gegenseite werden sich steigernd, die kapitalistischen Staats- und Machtpolitiker werden bis an den Rand der Katastrophe und des Abgrundes gehen und sie werden dann eine „Lösung“ der großen Reparationsfrage finden, die keine Lösung ist: In kurzer Zeit wird das Dilemma in noch verschärfter, akuter Form auftreten.

So große Kräfte und Machtenschaften der Kampf der internationalen kapitalistischen Bourgeoisie in die Liquidation des Weltkrieges in Bewegung gelegt hat, so gering sind die positiven, fruchtbaren Gedanken und Vorstellungen, die dabei zutage treten. Bleiben wir zunächst kurz bei den hierunterdrückten Beschlüssen der Pariser Konferenz, die ja den Anstoß zu der Londoner Konferenz gegeben haben. Es ist kein Kunststück der Ententemänner, die Forderung auf Zahlung einer Wiedergutmachungsumme von 220 Milliarden Goldmark an Deutschland zu richten. Aber sobald nach dem Wege gesucht wird, wie die Bezahlung dieses Betrages erfolgen soll, enthüllt sich die bodenlose Vächerlichkeit dieser Beschlüsse. Das französische Volk ist um seine genialen Neckenküstler vom Schlag Doumer und Loucheur wirklich nicht zu beneiden. Doumer rechnet heraus, daß Deutschland nicht nur 2 oder 6 Milliarden Goldmark jährlich zahlen könne, sondern sogar 12 Milliarden. Das wird für ihn möglich, indem er die deutsche Ausfuhr (auf dem Blatt Rechenpapier!) auf 17 Milliarden Goldmark steigert und die Einfuhr auf 5 Milliarden herabdrückt, bleibt ein „Überschuss“ von 12 Milliarden Goldmark, der in die Reparationsstaate der Entente fließt. Herr Loucheur, Wiedergutmachungsminister, schlägt Doumer noch um viele Riesenlängen, er rechnet dem glücklichen Deutschland sogar eine jährliche Ausfuhr von 20 bis 25 Milliarden Goldmark vor, bei einer Einfuhr von 5 Milliarden Goldmark; also muss die Zahlung von jährlich 12 Milliarden Goldmark für Deutschland eine Kleinigkeit sein — es muß nur richtig „ausgerechnet“ werden. Auf dem geduldigen Blatt Rechenpapier vollzieht sich das auch ganz reibungslos, aber die Wirklichkeit kann nicht gräßlicher entstellt werden durch die Uglymaster der Doumer und Loucheur. Wie erstens ein Land, das im letzten Friedensjahr unter höchstentwickelten Produktionskräften und Universalität seines Territoriums es auf 10 Milliarden Ausfuhr brachte, jetzt, wo in allem das Gegenteil zutrifft, für 20 Milliarden ausführen soll und wie zweitens eine Volkswirtschaft, die in hervorragendem Maße auf der Rohstoffseife basiert, diese Ausfuhriffer bei gleichzeitigem Herabdrücken der Einfuhr auf 5 Milliarden erreichen kann — an diesen fundamentalen Widersprüchen offenbart sich die ökonomische und deshalb auch finanzielle Unmöglichkeit der Rechnungen Doumers und Loucheurs; sie sind nichts als das Machwerk verbündeter Kapitalisten.

Das ist vielleicht der plumpste und sichtbarste Widerspruch in den kapitalistischen Wiedergutmachungsrechnungen, aber er ist keineswegs der einzige und letzte. Deutschland wird den größten Teil seiner Wiedergutmachungen zweifellos in Waren, statt in Goldmark leisten. Unter den obwaltenden finanziellen Verhältnissen in Deutschland ist das auch gar nicht anders möglich. Aber der englische Kapitalismus sieht sich hierdurch ernstlich in seinen Interessen bedroht. Die englische kapitalistische Bourgeoisie rechnet: Wir, der westeuropäische und amerikanische Kapitalismus stehen gegenwärtig schon bis über den Ohren in der Absatzkrise, der Markt ist zu eng und es mangelt an Absatzmöglichkeit und durch die deutsche Wiedergutmachung in Form von Waren würde dies

Kriege noch verschärfen werden. Frankreich insbesondere, dem ja die Warenlieferungen in erster Linie zufließen würden, könnte als erfolgreicher Marktkonkurrent gegenüber dem englischen Kapitalismus auftreten. Das trachtet der englische Kapitalismus zu verhindern, und er begegnet sich in diesem Streben zum Teil mit der Bourgeoisie Frankreichs, die ihren ganzen Wirtschaftsinteressen entsprechend die erhöhten Milliarden lieber in Goldmark als in Waren einsteckt. (Ein Teil der französischen Bourgeoisie, die Industriellenchaft, würde durch die Warenlieferungen direkt geschädigt werden — von den Arbeitern, die die Kapitalisten nicht stimmen, nicht zu reden. Das Finanz- und Handelskapital würden die Nutznießer sein. Red. d. L. B.) Es ist unschwer zu erkennen, daß diese Gegensätze und Widderstände innerhalb des internationalen Kapitalismus die „Reparation“ ungemein erschweren, wenn nicht ganz unmöglich machen. „Doch Deutschland nicht in Gold zahlen kann, haben wir aus der Prüfung der Rechnungen von Doumer und Poussier ersehen, die Zahlung in Waren soll bis auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Darauf scheitert das ganze Werk.“

Kennzeichnend für die ganze kapitalistische Wiedergutmachungspropaganda höhlt sie drüber auf, daß sie arm, sehr arm an positiven und brauchbaren Vorschlägen ist. In der Regel hat man sich in Vorschlägen zu finanziellen Operationen erschöpft, internationale Kredit- und Valutafragen wurden in den Vordergrund gestellt usw. Zweifellos sind diese Dinge von Wichtigkeit, aber sie treffen nicht das Kernproblem. Der Ententeimperialismus versucht mit einer Hartnäckigkeit und Großzügigkeit — die im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Möglichkeit stehen — seine Profitinteressen. Das Beispiel Frankreichs und Englands hat uns das schon zur Genüge gezeigt. Würde es sich nur um die einfache Wiedergutmachung im wörtlichen Sinne handeln, dann müßte Deutschland in Verbindung mit den Siegern die Herstellung der zerstörten französischen und belgischen Gebiete übernehmen. Aber daran hat die französische Bourgeoisie kein Interesse, sie will nicht dem tatsächlichen Wiederaufbau, sondern ihrem Profitinteresse dienen. Wie überall in allen wichtigen Finanz- und Wirtschaftsfragen der Gegenwart, steht auch in der Wiedergutmachungsfrage das kapitalistische Profitinteresse als Haupthindernis in Wege.

Unter diesem Gesichtspunkte hat auch ein finanzieller Vorschlag Interesse, den ein unbekannter Fachmann in der Frankfurter Zeitung (4. Februar 1921) machte und auf den das Blatt großen Wert legt, da es anschließend einen längeren redaktionellen Artikel über diesen Plan bringt und ihn als den rettenden Ausweg preist. Der ungenannte Fachmann schlägt folgendes vor:

1. Deutschland übergibt den Alliierten 2 Milliarden Mark unverzinsliche Goldzertifikate als Pauschalabfindung für alle Wiedergutmachungsansprüche.

2. Die alliierten und assoziierten Regierungen verpflichten sich, diese auf Goldmark lautenden Zertifikate zum Goldwert anzunehmen.

3. Deutschland verpflichtet sich, diese Goldzertifikate in im voraus zu bestimmenden Beträgen zu bestimmten Fristen zum Goldwert in Goldmark einzulösen.

4. Alle in den Wiedergutmachungsabschüssen von Deutschland bewirkten und zu bewirkenden Warentstellungen werden der deutschen Regierung aus den Goldzertifikaten bezahlt, ausgenommen die Restitutions-, Natursatzstellungen, deren Wert über den jährlich einzulösenden Beitrag hinausgeht, dürfen nicht mit Zertifikaten bezahlt werden.

5. Für die Wollwertigkeit, die Sicherheit und die Einfölsbarkeit der Goldzertifikate haftet der gesamte deutsche Reichs- und Staatsbank.

Der Vorschlag wird in seinen Einzelheiten weiter entwickelt. Sein Kern ist aber: Deutschland zahlt den Alliierten einen zu bestimmenden Gesamtbetrag in Goldzertifikaten, das sind Papiere, die zum Goldwert angenommen werden, unverzinslich sind und jährlich in einer zu vereinbarenden Höhe von Deutschland in Gold eingelöst werden müssen. Das ist das Wesentliche an diesem Plan, alles Weitere ist von untergeordneter Bedeutung. Was aber ist neu daran? Eigentlich nur die scheinbar restlose Löschung des Zahlungsmodus und darin die Jinslosigkeit dieser Papiere. Auf den Zins wird das Kapital aber am allerwenigsten freiwillig verzichten ungeachtet des Hinweises, daß in diesem Falle die Alternative lautet, entweder das gesamte Kapital oder den Zins zu verlieren. So hausbacken und vernünftig rechnet der Kapitalismus nun erfahrungsgemäß nicht, zumal dann nicht, wenn ihm noch ein großer intakter Machtapparat zu Gebote steht. Der Gedanke, Goldzertifikate mit dieser Wirkung auszustellen, hat Achtlichkeit mit der französischen Forderung auf Herausgabe eines Wechsels über die von Deutschland zu entrichtende Gesamtsumme, mit dem Unterschied freilich, daß dieser Betrag fest verzinslich ist und daß die Papiere zu beliebiger Zahlung benutzt werden können. Daraus geht hervor: Die Entente Frankreich in erster Linie, braucht schnell viel Geld, flüssiges Geld, Zahlungsmittel, womit es die drückende Last seines Staatsbudgets (die französische Gesamtschuld betrug am 31. Dezember 1919 219,3 Milliarden Franc, im Jahre 1920 kamen mindestens 20 Milliarden hinzu, so daß eine Steigerung auf 240 Milliarden eintritt!) beseitigen will. Dazu soll die schnelle Zahlung höchstmöglicher Barbezüge, die Ausgabe großer Mengen verunsichernder Anweisungen und die regelmäßige Zahlung des Zinses selbst dienen.

Das ist ein konsequent kapitalistischer Ausbeutungsplan, der mit Wiedergutmachung nur noch infolge Anwendung einer irreführenden Terminologie etwas zu tun hat. Die wirkliche Wiedergutmachung, wie sie das internationale Proletariat fordert, voran die Arbeiter Deutschlands, Englands und bei den jüngsten Kammerdebatten in Paris die Arbeiter Frankreichs, ist mit den Absichten und Interessen kapitalistischer Mächtiggruppen unvereinbar. Der den Krieg mit andern Mitteln forschende Imperialismus wird weiter von Konferenz zu Konferenz gehen, Konflikte und Katastrophen werden statt der Verständigung vorbereitet, und dieses gewissenlose, nach materielle Treiben wird vielleicht neue Zerstörungen und Opfer erfordern. Unter der Herrschaft dieser Mächte kann der Weg der Völker nur führen durch Blut und Tod, Hungers und Krankheit, Not und graue Trostlosigkeit. Eindeutiger denn je zuvor wird es klar, daß es aus den Widersprüchen und Unmöglichkeiten der kapitalistischen Weltanarchie nur einen Ausweg gibt: den Kampf des internationalen Proletariats um die Verwirklichung des Sozialismus, dessen Ziel nicht nur die Befreiung der Arbeiter, sondern der Völker, der Menschheit ist!

der Sclarz, der Schwiegersohn Scheidemann, Kaufmann Henck, die Redakteure Baumelster und Davidsohn, Major v. Gilsa und Major Witting.

Vor Eintreten in die Verhandlungen spricht der Zeuge Sonnenfeld (Vater) dem Gerichtsvorstand sein Misstrauen aus und erklärt ihn für befragt. Er habe das Gefühl, dass der Vorstand von außen gegen ihn beeinflusst worden wäre. Dieser sei politisch mit Scheidemann verbunden, zu dessen Schutz dieser Prozess geführt werde. Es sei bekannt, dass Scheidemann des Mordes überführt sei, trotzdem habe man den Zeugen zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Auf Anraten seines Sohnes und eines andern Zeugen steht Sonnenfeld seinen Antrag auf Absehung des Gerichtshofs zurück.

Als erster wird Ernst Sonnenfeld vernommen. Er erzählt ausführlich, wie er mit Sclarz bekannt geworden und dann bei diesem in die Stellung eines Privatsekretärs gerückt ist, nachdem er zuvor im Regiment Reichstag die Kassengeschäfte geführt hatte.

Während seiner Tätigkeit habe Sclarz ihm außer der Löhnung eine Entschädigung von 500 M. extra gegeben. Sonnenfeld will im Regiment Reichstag bettelarmer Handlungen des Sclarz bemerkt haben. Intendantsekretär Maßwitz, der den Auftrag erhielt, die Unterlagen zu prüfen, war ein Angestellter von Sclarz und habe selbst die Rechnungen ausgestellt. Sonnenfeld will hieraus den Soldatenkredit missbraucht haben und dieser habe beschlossen, eine Abordnung zum Major v. Gilsa zu schicken. Major v. Gilsa habe aber nichts Schleungetes zu tun gehabt, als sofort Sclarz hierzu zu verständigen. Auf den Hinweis des Vorstandes, dass Sonnenfeld wiederholte Papiere von Sclarz entwendet habe, erklärt der Angeklagte, nur einen einzigen Brief an sich genommen zu haben, um dadurch eine Abschrift zu nehmen. Die übrigen Papiere, die von seinen Verwandten benutzt worden seien, habe ihm Sclarz selbst gegeben. Teilweise sollte er diese vernichtet. Die Behauptung, sich mit Hilfe von Nachschlüsseln oder durch Ausbrechen die Papiere angeeignet zu haben, weist Sonnenfeld zurück. Auf die Frage des Vorstandes, welche Motive ihn zur Aneignung dieser Papiere geführt hätten, erklärt der Angeklagte, dass er sie später etwa erfolgende Regressansprüche gewappnet sein wollte. Weiter erzählt dann Sonnenfeld noch, dass im Frühjahr 1918, Scheidemann und v. Gilsa wochenlang bei Sclarz ihre Eltern eingezogen hätten und dies auch dann noch fortgesetzt hätten, als Sclarz verreist war. — Der Angeklagte Wutke bestätigt im allgemeinen die Angaben des Sonnenfeld.

Die Angeklagte Sclarz war von 1917 bis Dezember 1918 Sekretärin bei Sclarz. Sie befandet, dass bei Sclarz oft sehr wichtige Schriftstücke herumgelegen haben. Die meisten Papiere hätten sich in einem Wandtschrank befunden, in dem sie der Schlüssel stellte. Sie habe sich gewundert, als es später hieß, es sei Einbruch verübt worden. Für einen solchen lag gar keine Notwendigkeit vor.

Sonnenfeld (Vater) erklärt, alle Schriftstücke auf durchaus legalem Wege erhalten zu haben und behauptet von Sclarz, dass er auf Grund seiner Bekanntschaft mit den Volksbeauftragten geglaubt habe, sich alles erlauben zu können. Er erwähnt dann eine Korrespondenz, die zwischen dem damaligen Polizeipräsidenten Eichhorn und Sclarz stattgefunden hätte. Hierbei wurde auch ein Brief verlesen, in dem Eichhorn Sclarz für die Beauftragung des Reiches sei seine Frau zu Weihnachten gebraucht habe. Bezeichnend sei für Sclarz, dass er Eichhorn erst acht Tage bekannt habe und diesem schon zu Weihnachten etwas schenkte. Außerdem wird noch die Persönlichkeit des Redakteurs Baumelster erörtert, der zur Zeit sich in Genf aufzuhalten soll. Hermann Sonnenfeld sagt über Baumelster aus, dass dieser 25 Jahre lang Mitglied der Sozialdemokratischen Partei gewesen ist und dort seine nebensächliche Rolle gespielt habe, was schon daraus hervorgeht, dass man Baumelster zu den Friedensverhandlungen nach Versailles geschickt habe. Die vom Vorstand ausgedrückte Befürchtung, Baumelster würde aus Genf nicht wieder zurückkehren, hält Sonnenfeld für unwahrscheinlich, da Baumelster ebenso wie er nicht die Absicht habe, gegen die Partei vorzugehen, sondern nur die Auswirkung in der Partei bekämpfen will, die durch Ebert, Scheidemann und Noske hereingelommen sind. — Es wird dann noch festgestellt, dass auch Intendantsekretär Maßwitz während seiner Tätigkeit bei der Intendantanz von Sclarz monatlich 500 M. bezogen habe.

Darauf wird die Verhandlung vertagt.

### Selbstmordversuch eines Spikers.

Im Essener Wasserturnprozess wurde am Dienstag nach Schluss der Zeugenvernehmung laut einer Verfügung des Staatsanwalts der frühere Kommunistenführer Tombrook verhaftet. Auf dem Transport zum Polizeipräsidium machte er einen Selbstmordversuch, verletzte sich aber nicht lebensgefährlich. Tombrook kam nach der Revolution als Matrose ins Ruhrgebiet und wurde in Höhe Leiter des Spartakusbundes. Er trat dann in den Dienst der Polizei und ließ sie ihr lange Zeit hindurch Spieldberichte, wofür er gut bezahlt wurde. Nach den Märkämpfen wurde er verhaftet, dann aber wieder auf freien Fuß gesetzt, um Material über die Vorgänge am Essener Wasserturn zu sammeln. Auf seine Angaben hin wurden dann die 15 Arbeiter verhaftet, die sich jetzt in Essen wegen angeblicher Ermordung mehrerer Sicherheitspolizisten zu verantworten haben. Tombrook war anfangs als Zeuge nicht aufzufinden, die Staatsanwaltschaft behauptete, der Verbleib des Zeugen sei trotz großer Bemühungen nicht festzustellen gewesen. Schließlich meldete sich Tombrook freiwillig und gab an, dass er seine Aussagen heute nicht mehr aufrechterhalten könnte.

### Antisematische Radaubrüder.

München, 24. Februar. (Eigene Drahtmeldung der D. B.) Der Käfiger Dr. Jakob aus Dortmund hatte es unternommen, in einer öffentlichen Studenten-Versammlung über das Thema: „Die deutschen Juden in der deutschen Volksgemeinschaft“ zu sprechen. Schon nach seinen ersten Worten wurde er durch plötzlich vorbereitete Störungen unterbrochen. Die Störungen wuchsen sich schleichlich zum minutenlangen Toben der Herren Studenten aus, die sich mit Trillerpfeifen und Heultröpfchen ausgerüstet hatten. Nur dem Eingangsstufen zweier Professoren ist es zu danken, dass der Redner wenigstens eine Zeitlang zu Wort kam. Die Aussprache stand auf dem tiefsten Niveau und endete in Lärm.

### Die Stellung der englischen Arbeiterschaft zur Regierungspolitik.

London, 23. Februar. Die nationale Arbeiterskonferenz wird sich heute mit Entschließungen befassen, worin die Politik der Regierung in der Frage der Arbeitslosigkeit verurteilt wird und die Wähler aufgefordert werden, alle Anstrengungen zu machen, um die Koalitionskandidaten bei den Erfahrungswahlen zu bestimmen. — Wie gemeldet wird, ist durch Streitdrohung von 30 000 Welshmen in Folge Lohnforderungen eine neue Eisenbahnerkrise entstanden.

### Ein diktatorischer Ausschuss zur Lösung der russischen Transportkrise.

Helsingfors, 23. Februar. In Anbetracht dessen, dass außerordentliche Maßnahmen zum Schutz der Eisenbahnen und speziell der Lebensmitteltransporte, beschlossen sind, hat der Arbeits- undVerteidigungsrat einen diktatorischen Ausschuss ernannt, dem u. a. der Vorsitzende der Außerordentlichen Kommission (Trotzki)

Sicherheitsamt sowie Anlow und Kursk angehören. Der Ausschuss ist mit der Überwachung über den Getreide- und Holzmitteltransport betraut worden.

### Neue Dekrete der Sowjetregierung.

Die Sowjetregierung hat verkündigt, dass alle Amispersonen die geläufigen postalischen Einrichtungen, also Briefpost, Telegraph, Telefon und Radiotelegraph, in amtlicher Eigenschaft kostenlos benutzen dürfen. Die kostenlose Nutzung aller postalischen Einrichtungen, mit Ausnahme des Radiotelegraphen, ist auch auf alle Kriegsinvaliden, Arbeitsinvaliden, die Frauen, Witwen, Kinder und Eltern der Kriegsinvaliden, der Kriegsfee und auf alle jene Personen ausgedehnt worden, die sich in der Fürsorge des Volkskommissariats, der sozialen Fürsorge oder des Volkskommissariats zur Erhaltung der Volksgesundheit befinden. — Ferner hat die Sowjetregierung ein Dekret erlassen, nach dem alle nach dem Ausland reisenden Geiseln als Garantie für ihre Rückkehr stellen müssen.

### Staatsstreich in Persien?

Nach einer vom Echo de Paris veröffentlichten Nachricht aus Teheran soll der persische General Reza Khan von Kaspin an der Spitze von 2500 Kosaken in der Nacht vom 20. zum 21. Februar vor Teheran angekommen sein, dessen er sich ohne Kampf bemächtigt habe. Er habe die Regierung gestürzt und sich aller Verwaltungen bemächtigt. Der General sei alsdann in Verhandlungen mit dem Schah eingetreten. Reza Khan habe dem französischen Gesandten die Verstärkung gegeben, dass er die Verantwortung für die Sicherheit aller Franzosen übernomme.

### Reichstag.

Berlin, 20. Februar.

Der Abg. Madelby (Dnat.) hat sein Mandat niedergelegt. Anträge auf Genehmigung der Strafverfolgung des Abg. Reich (Komm.) wegen Unterschlagung, Diebstahl und Unterkundsfälschung, des Abg. Gräbiger (Zent.) wegen Einkommensteuerhinterziehung und des Abg. Dr. Helm (Bauz. Bp.) wegen Besiedlung werden dem Geschäftsausschuss überwiesen.

Zunächst kommt ein Antrag der bürgerlichen Parteien und der Mehrheitssozialisten zur Behandlung, wonach die Regierung ermächtigt wird, die Erhebung der Verströster auf den Wasserstraßen anzuhören wird. Auf diese Weise kann auch der Elbe-Elbe-Kanal, indem man ihn als zweite Mündung der Elbe ansieht, unter dieses Gesetz fallen.

Abg. Sislović (Dem.) beantragt eine Änderung des Antrags dahingehend, dass die Verkehrssteuer allgemein für die Förderung auf den Wasserstraßen aufgehoben wird. Auf diese Weise kann auch der Elbe-Elbe-Kanal, indem man ihn als zweite Mündung der Elbe ansieht, unter dieses Gesetz fallen.

Abg. Gildemeister (D. B.): Auf Veranlassung der Interallierten Kommission ist die Verkehrsfreiheit für die Elbe ausgesprochen worden. Um die andern Wasserstraßen nicht zu benachteiligen, stimmen wir dem Antrag zu.

Der Antrag wurde in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt der

### Bauhaushalt des Reichsarbeitsministeriums.

Dazu fordert ein Antrag aller Parteien die Vorlegung eines Notgeleises zur Regelung der rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Bauangestellten. Die Deutschen Nationalen verlangen einen Gesetzentwurf, der den Angestellten und Arbeitern die Kapitalbeteiligung in geeigneten Unternehmen ermöglicht. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt Erhöhung der Reichswohnenhilfe. Es liegen Ausschankträge vor auf Förderung des Siedlungswesens, neuzeitliche Aenderung der Seemannsordnung, Schaffung nutzbringender Arbeitsgelegenheiten.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Die 4 Milliarden Gesamtzuschüsse, mit denen der Haushalt meines Ministeriums abschließe, könnten erfreulich wirken, aber es ist zu berücksichtigen, dass das Ministerium selbst nicht einmal den zweihundertsten Teil der Gesamtausgaben erfordert. Viel mehr verschlingen die wichtigen Sachausgaben, wie Zulüsse zur Invalidenversicherung, Wohnungslosenfürsorge und dergl. Auf sozialem Gebiet verlangt der verlorengegangene Krieg trotz grösster Notwendigkeit immer noch starke Anspannung. Die Sozialpolitik darf trotz der ungünstigen Wirtschaftslage nicht ruhen. Einen hervorragenden Anteil an den neuen Aufgaben hat die Sorge um die Arbeiterschaft. Der deutsche Arbeitsmarkt wird besonders im Ausland viel zu günstig angesehen, aber in der Statistik erscheinen ja nur die unterstützten Gewerbeleuten, nicht die Unterstützungslosen und die Kurzarbeiter. Unsre Arbeitslosigkeit ist vielmehr seit Kriegsende eine chronische Erkrankung geworden und macht uns die größte Sorge. Velder sind der Bekämpfung der Erwerbslosigkeit Grenzen gesetzt. Vor allem kommt es an auf den Ausbau und die Förderung der Arbeitsnachwelle; ein Gesetzentwurf über diese Materie ist bereits fertiggestellt. Unre Bemühungen um produktive Erwerbslosenfürsorge bewegen sich dauernd in der Richtung des Programms, das ich seinerzeit bei der Interpellation über die Arbeitslosigkeit darlegte habe. Dieses Programm ist in seinen wichtigsten Teilen bereits verwirklicht. Bis zum 18. Februar 1921 sind 5226 Anträge auf Bewilligung der produktiven Erwerbslosenfürsorge eingegangen, wovon 3654 bewilligt wurden. Eine Notstandaktion der Sozialenorganisationen der Arbeiterschaft zur Beschaffung von Kleidungsstücken haben wir mit Krediten unterstützt. Die Erwerbslosenversicherung nach dem früheren Entwurf ist augenblicklich undurchführbar, jedoch werden wir umgehend ein Gesetz für eine sozialistische Erwerbslosenversicherung ausarbeiten. Für die Wintermonate ist eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung vorgesehen. Am 1. Dezember der bezoigen Unterstützung 348 882 Erwerbslose, am 1. Februar 432 381 Erwerbslose. Das Neuerreichensabkommen vom Februar 1920 zur Durchführung des Spanabkommens ist von den Bergarbeitern lokal durchgeführt worden. Die Arbeitsleistung und die Kohlenförderung sind wesentlich gestiegen. Die Regierung beachtigt nicht, die Schichtdauer der Bergleute zu verlängern, doch hoffen wir, in neuen Verhandlungen mit den Bergleuten eine für alle Teile befriedigende Lösung zu finden. Die Führer der Gewerkschaften sind neuerlich bei der Regierung vorstellig geworden, die Lebenskosten nicht noch mehr steigen zu lassen. Die Kohlenpreise können also kaum erhöht werden. Neben dem Bergbau ist die Steigerung der Produktion in der Landwirtschaft dringend notwendig. Durch die Überarmierung der Oberschichten, durch die ländliche Siedlung sowie durch den Hochbau wird daran gearbeitet. Was die Lohnpolitik betrifft, sucht das Ministerium den berechtigten Lebensansprüchen der Angestellten und Arbeitern gerecht zu werden, aber auf der andern Seite eine grössere Arbeitslosigkeit zu verhindern. Durch die Teuerungsstatistik könnten örtliche Tarifstreitigkeiten vermieden werden. Um den zeitlichen Teuerungsschwankungen zu folgen, sind sorgfältig zusammengefasste Schiedsgerichte notwendig. Eine wirklich befriedigende Lohnregelung kann nur einleiten, wenn die Löhne der Verantwortlichkeit und den Anstrengungen des Berufs entsprechend abgestuft werden. Das ist ein wichtiges Belästigungsfeld für die Organisationen, die Tarifgemeinschaften und Arbeitsgemeinschaften, die die Richtlinien für die Einführung der Schlichtungsausschüsse schaffen müssen. Bei den Schlichtungsausschüssen waren 1919 84 000 Streitigkeiten anhängig, von denen über 30 000 durch Schiedsentscheidung erledigt wurden; hierzu wurden wiederum 72 Prozent der Schiedsgerichte angenommen. Die Tarifverträge umfassen heute über 320 000 Betriebe und ca. 9,3 Millionen Arbeiter. Die neue Schlichtungsordnung wird demnächst einsetzen. Was das Demobilisierungrecht betrifft, konnte trotz der schwierigen Lage des Arbeitsmarktes von den notwendigen Beschränkungsmaßnahmen zwecks Aufrechterhaltung der Produktivität der Betriebe nicht völlig abgesehen werden. Eine der schwierigsten Fragen ist die Belebung der dauernd erledigten Bautätigkeit. In einer Rentabilität von Neubauten ist nicht zu denken. Die Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln dürfen die Bauarbeiten nicht noch mehr

verteuern. Der dem Reichstag zugegangene Entwurf einer Wohnungsteuer trifft Vorfürze, das Neubauten durch Mittel der Abgabe nur dann gefördert werden, wenn der Unternehmer dafür Gewähr leistet, dass spekulativer Gewinn ausgeschlossen ist. Nach dem Haushalt von 1920 sind 920 Millionen Bauobjektkostensumme bewilligt, für Bergmannslebungen sind weitere 1½ Milliarden vorgesehen. Die soziale Fürsorge für die Arbeitsunfähigen lädt die Reichsregierung sich besonders angelegen sein, ebenso die Rente der Sozialrentner. Bei der Unfallversicherung wird eine Herausstellung der Drittungsgrenze erfolgen, die Verpflichtungspflicht der landwirtschaftlichen Betriebsunternehmer wird neu geregelt werden. Weiterer Schutz der Heimat und der Ausbau der Krankenfassenanstalten ist dringlich. Ein Entwurf über die 48stündige Arbeitswoche wird dem Reichstag zugehen. Der Entwurf einer Schlichtungsordnung liegt bereits dem Kabinett vor. Der Entwurf eines Reichsarbeitsgerichtes, eines Gesetzes zur Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter, eines Haushaltsgesetzes, eines Heimarbeitsgesetzes und eines Gesetzes über die Arbeitszeit der Angestellten wird dem Reichstag nächstens zugehen. Ein Arbeitsgerichtsgesetz konnte noch nicht fertiggestellt werden. Das Militärversorgungswesen erfordert 480 Millionen, da eine völlige Neuordnung eingetreten ist und das Ministerium zahlreiche Altsoldaten übernehmen musste. Die Organisation des Beamtenkörpers ist jetzt erst voll durchgeführt. Die 500 Millionen Mark für die soziale Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge sollen zunächst für die Verlustfürsorge verwendet werden, dann aber auch für die Erziehungsfürsorge. Auf dem Gebiet der Jugendfürsorge für die Kriegerwitwen und die Kinder von Kriegsbeschädigten werden höhere Anwendungen nötig sein. Die Lazarettschule darf nur Behandlungs- und Pflegebedürftige aufnehmen. Ich hoffe, dass die Arbeiten und Bestrebungen meines Ministeriums für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und für die Annäherung der Klassen und Stände gute Vorarbeit leisten werden und zur Schaffung eines neuen Geistes beitragen zur Erhebung des deutschen Volkes aus Erneuerung und Fort.

Abg. Kalter (Soz.): Unse bisherige Sozialpolitik war nur flüchtig; hoffentlich werden die neuen Entwicklungen Wirklichkeit, die der Minister angekündigt hat. Die soziale Gesetzgebung muss geändert und ausgebaut werden; wir fordern, dass im Geiste der neuen Zeit neue Wege beschritten werden. Gerade die trüben Folgeerscheinungen des Krieges erfordern erhöhte Anspannung der sozialen Fürsorge. Die dringend notwendige Umgestaltung der Reichsversicherungsgesetzgebung wird wohl noch lange auf sich warten lassen; daher muss durch Novellen und einzelne Änderungen die dringendste Not belegt werden. Wir sind der Auffassung, dass nicht der Grundsatz der Versicherung, sondern nur eine allgemeine Fürsorge immanent ist, den Opfern auf dem Gebiet der Unfallversicherung wirklich zu helfen. Ein einheitliches Fürsorgegesetz muss an die Stelle der Reichsversicherung ordnen. Notwendig ist die Einbeziehung der Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeitsstätte in die Versicherung. Unfallen muss fünfzig der Begriff der Gewöhnung des Verleihens an seinen Körper schaden, da dieser eine Erhöhung der Rente noch sich zog. Erhöhte Aufmerksamkeit muss der Unfallverhütung angewendet werden. Wie hatten im Jahre 1918 99 295 Schwerverletzte, darunter 3785 Tote, 494 völlig Erwerbsunfähige, 34 151 teilweise Erwerbsunfähige und 54 851 vorübergehend Erwerbsunfähige. Die Gesamtzahl der Unfälle war noch beträchtlich größer. Insgesamt erlitten 1918 567 295 in Industrie und Landwirtschaft beschäftigte Arbeiter Unfälle, davon waren nahezu 10 000 Tote und 100 000 Schwerverletzte. Der Krieg von 1870/71 erforderte nur das vierfache an Toten und Verletzten. Die Zahl der Unfälle betrug 1870/71 871 660, sie kann sich neben den Ziffern des Weltkrieges immerhin sehen lassen. Nur wenn in dem neuen Gesetz der Unternehmer für die Unfälle haftbar gemacht wird, lässt sich die Zahl der Unfälle verringern. Am schlimmsten sind hierbei die Arbeiter in gesundheitsschädlichen Betrieben daran. Sie haben keinen Anspruch auf Unfallrente, wenn sie z. B. durch Unfall verletzt wurden. Bei den jüngsten Beiträgen der Rente lässt sich nicht mehr bestehen. Die Berechnungsgrenze des Lohnes ist zu niedrig. Auch die Vorlage der Regierung genügt darin nicht. Besonders in der Landwirtschaft steht es grauenhaft aus. Ein 14jähriger junger Mensch, der einen Arm verloren hat, bekommt monatlich 10,80 M.; wenn das Gesetz nicht geändert wird, bekommt er 30 Jahre lang keine höhere Rente. Die nötigen Geldmittel zur Erhöhung der Rente können sehr wohl durch höhere Beiträge von Industrie und Landwirtschaft beschafft werden. Auf dem Gebiet der Krankenversicherung fordern wir die allgemeine obligatorische Einführung der Familienversicherung. Das ganze Krankenfassenwesen muss vereinheitlicht werden unter Beseitigung der Ortskassen, Betriebskassen usw. Ganz unzureichend sind die Erhöhungen, die der Minister für die Wohnbeihilfe in Aussicht gestellt hat. Ein besonderes Kapitel ist die Hinterbliebenen- und Invalidenversicherung. Die Landesversicherungsanstalt muss saniert werden, um den hohen Anforderungen genügen zu können. Für die Angestellten kommt jetzt die Invalidenversicherung kaum in Betracht; die Angestelltenversicherung aber bleibt mit ihren Beihilfen weit dahinter zurück. Deshalb müssen beide Versicherungen verschmolzen werden. Man muss unter großen Gestaltspunkten die ganzen Gesetze zusammenfassen und bis zur Neuordnung voraussichtlich die größten Hürden ausmerzen. Unverträglich ist die Verschiebung der Anträge auf Rente bei den Reichsversorgungsbehörden, es geht nicht an, dass Kriegsbeschädigte jahrelang auf Erledigung ihrer Anträge warten müssen. Die produktive Erwerbslosenfürsorge muss auch auf die Erwerbsbeschränkten ausgedehnt werden. Die Berufsbewertung ist nicht grundsätzlich zu verwerfen, bleibt aber immer eine Personenfrage. Dem Gewerbe und der Industrie sollten Lehrlinge ausgeführt werden, um das Heer der qualifizierten Arbeiter zu vermehren und die Lücken auszufüllen, die der Krieg gerissen hat. Doch dürfen die Lehrlinge nicht Ausbeutungssubjekte sein und sollen angemessen entlohnt werden. Von dem Gesetz über die Regelung der Arbeitszeit befürchten wir eine Durchlöcherung des Abkündigertags. Schon jetzt hat der Kommissar für die Demobilisierung eine Beschäftigung der Bankangestellten bis zu 63 Arbeitsstunden wöchentlich genehmigt, die in besondern Fällen sogar noch überschritten werden darf. Der Reichsarbeitsminister sollte auch die Tarifverträge für verbindlich erklären, damit die Bemühungen der Unternehmer, die Tarifverträge zu sabotieren, nicht Erfolg haben. Das Reichsarbeitsgericht findet angeblich Schwierigkeiten, nachdem der Entwurf schon fertiggestellt ist. Diese Schwierigkeiten können nur bei den interessierten Unternehmertypen liegen; die Arbeiterschaft billigt das Gesetz. Trotz der drohenden Überlastung des Arbeitsministeriums darf nicht wie bisher viel geredet, aber wenig getan werden, vielmehr muss mit praktischer Sozialpolitik endlich ein energischer Anfang gemacht werden.

Abg. Dr. Fick (Dem.): Wir befürworten die Selbstverwaltung auch im Versicherungswesen. Wird die Ausfuhrabgabe eingeführt, so ist die weitere Erleichterung der Arbeitslosigkeit die Konsequenz davon. Die partikuläre Zusammenfassung der Schlichtungsausschüsse ist falsch. Donnerstag: Wahl von 4 Schriftführern. Weiterberatung. Schluss 7 Uhr.

### Bon Bon und Fern.

Folgen schwerer Straßenbahnzusammenstoß.

Neugart, 23. Februar. Bei einem Zusammenstoß von zwei Straßenbahnwagen explodierte ein großer auf der Plattform des einen Wagens liegender Benzinkessel. Durch den entstehenden Brand wurden 8 Personen, darunter mehrere Kinder, getötet und 25 verletzt.

Berantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Flechner in Leipzig.  
Berantwortlich für den Inseraten Teil: Friedrich Biller, Borsdorf-Leipzig.

# Amtliche Bekanntmachungen.

## Sparkasse Wahren.

Geschäftszeit von 8 bis 12 Uhr.

## U.S.P.D. Gross-Leipzig

**Lößnig.** Montag Freitag, abends 1/8 Uhr, im Stern, 2. Vortrag des Genossen Fichter über den Sozialismus. Anschließend Diskussion über beide Parteien. Zahlreiche Beteiligung erwartet. D. B.

**Wahren.** Freitag, den 25. Februar, abends 1/8 Uhr, im kleinen Saale des Birkenschlößchens (bei Lößnitz). Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Braunthal, Wien, über: Die Krise des Kapitalismus, eine wirtschafts-geographische Betrachtung der Staatenveränderung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Dicker Vortrag erfreut sich auf 8 Abende und ist die nächste Fortsetzung für Freitag, den 11. März und den Schluss für Freitag, den 18. März, vorbereitet. Um zahlreichen Belieb wird gebeten. Gäste willkommen. Der Vorstand.

**Zwenkau.** Sonnabend, 26. Februar, abends 1/8 Uhr, Monats-Versammlung im Goldenen Adler. Vortrag des Genossen Rudolf Kühn über: Die Forderungen der Entente und die Arbeiterschaft. Außerordentlich wichtige Tagesordnung. Genossen und Genossinnen erscheinen vollständig. — Die Bibliothek ist wieder Sonntags, vormittags von 11–12 Uhr, geöffnet. Für jedes entliehen Buch ist 1 Mark zu hinterlegen. Das Mitgliedsbuch ist vorzulegen. Der Vorstand.

## Kartell der Arbeitervereine für Sport- u. Körperpflege

### Turn-Vereine

**Anautsleeburg.** Turn- u. Sportverein. B. S. Freitag, den 25. Februar, abends 8 Uhr, Vereinsversammlung im Gaithof zum nächsten Jahr (Vorstandssitzung). Tagesordnung: Berichten des Protocols, Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreiches Ertheilen der Mitglieder ist sehr notwendig. Der Vorstand.

**L. Stötteritz.** Turnerbund. E. B. Sonnabend, den 26. Februar, findet unter Wintervergnügen, befehlte Wintersportfest in den Stötteritzer Bergen im Bergidyll statt. Wir versprechen einen genügend humorvollen Abend und laden unsere Freunde und Mitglieder herzlich ein. Wir bitten, möglichst im Wintervoirtz anzugeben. Eintritt 1.50 M.

Heute Donnerstag, abends 1/7 Uhr, Treffen zur Gruppenversammlung an der Weintraube. D. T.

**L. Schleußig.** Turn-, Spiel- u. Sportverein. Freitag, den 25. Februar, abends 1/8 Uhr, Außerordentliche Mitglieder-Versammlung im Grünen Jäger, Rödelstraße. — Eintritt aller ist willkürlich. Der Vorstand.

**L. Thonberg.** Freie Turnerschaft Süd-Ost. Sonnabend, den 26. Februar, abends 8 Uhr, Lustiger Abend im kleinen Saale des Überhaupten.

Sonntag, 27. Februar, Gemeinsamer Turnmarsch. Ziel wird in den Turnhunden bekannt gegeben. Treffpunkt 1 Uhr mittags im Schulhof. Zahlreiche Beteiligung erwünscht. Der Turnrat.

**Wahren.** Donnerstag, 24. Februar, abends 1/8 Uhr, Sonnabend, den 26. Februar, im Birkenschlößchen Kostümfestu. Rappenabend

### Samariter-Vereine

**Kolonie Moritzstädt.** Sonnabend, 26. Februar, Tanzfrühschicht in der Guten Quelle, Anfang 6 Uhr. Gäste herzlich willkommen. Der Vorstand.

### Billigste Bezugsquelle für Tabak-Raucher!

**Ia Prolos-Rauchtabake**

15 Prozent unter Preis!

Zigaretten — Zigaretten.

Beyers Tabakhaus, Nürnberger Straße 40.

Empföhle diese Woche:

**Bo. frisch. Schweinefleisch** 17<sup>00</sup>  
Pfund

Wurst zum billigsten Tagespreis

Blut- und Leberwurst von 10.00 M. on

**Müller, Leipzig-Volk., Kirchstraße 48**  
Tel. 61073 :: O. Tüschners Nachf. :: Tel. 61073.

### Roßschlächterei

mit elektrischem Betrieb  
**Wilh. Finn, L.-Eutritzsch**  
Magdalenenstr. 25, Telefon 18452  
Etwas morgen u. folgende Tage  
prima fettiges junges Roßfleisch  
Täglich frische Wiener Würstchen und  
Knoblauchwurst.

**Frische Margarine** 9.50 Pf.  
**Dyck** Stötteritzer Straße 8b.  
Telefon 4904 ::

**Billige Fleisch- u. Wurstwaren**

Pökelschweinefleisch ..... Pfund 12 M.  
Blut- und Leberwurst ..... 12 .....  
Jagdwurst ..... 14 .....  
Prechkopf ..... 14 .....  
Anach- und Mettwurst ..... 16 .....  
Gesalz. und geräuch. Speck Pfund 9 u. 10

**Markthalle, Galerie, Stand 65.**

## Deutscher Holzarbeiter-Berband

Telephon 3407

Zahlstelle Leipzig

Telephon 3407

Bureau: Seerberlt. 1, II., Hotel Victoria, Zimmer 16-18 und 28-34. Geschäftstage: Zimmer 16-18 von 9-12 u. 4-8 Uhr, Sonnabend durchgehend von 9-12 Uhr, Zimmer 29 von 9-6, Sonnabend von 1-8 Uhr. Zur plötzlichen Abschaltung der Gesellschaft ist es notwendig, die Geschäftszelt auch plötzlich einzuhalten.

Sonnabend, den 26. Februar 1921, nachmittags 4 Uhr, im Volkshaus, Saalbau, Zimmer 9, Eingang Mittelportal

**Versammlung aller in den Betrieben der Mustindustrie beschäftigten Lehrlinge und deren Eltern.**

Betriebsräte und Delegierte werden erachtet, die Lehrlinge auf diese Versammlung aufmerksam zu machen. Die Lehrlingskommission der Mustindustrie.

## Bildhauer aller Branchen.

Sonnabend, den 26. Februar 1921, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr, im Volkshaus

### Sektions-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Branchen-Angelegenheiten. 2. Verschiedenes.

Mittwoch, den 2. März 1921, nachmittags 5 Uhr, im Volkshaus, Café

### Versammlung der Delegierten und Betriebsräte.

Tagesordnung: 1. Aufführung von Kandidaten für den Verbandstag und Gautag. 2. Beschlussfassung über die Zusammensetzung des Verwaltungsförpers.

3. Verbandsangelegenheiten.

Mittwoch, den 9. März 1921, abends 1/7 Uhr, im Volkshaus, großer Saal

### Mitglieder-Versammlung.

Sonntag, den 13. März 1921, vormittags 9-1 Uhr, in städtl. Bezirkslokalen

**Wählen der Delegierten a) zum Verbandstag, b) zum Gautag.**

Die Ortsverwaltung.

## Achtung, Oberschlesier!

### Ein Teil benötigt Passierscheine!

**1)** In Oberschlesien geborene und dort bis 1. Oktober 1920 wohnhaft gewesene Stimmberechtigte (Kategorie A) und außerhalb Oberschlesiens geborene Abstimmungsberechtigte, die seit 1. Januar 1904 oder seit einem früheren Zeitpunkt bis 1. Oktober 1920 dort ununterbrochen gewohnt haben und nach dem 1. Oktober 1920 aus dem Abstimmungsgebiete verzogen sind (Kategorie C).

**2)** Alle Stimmberechtigten der Kategorie A, die noch heute im Abstimmungsgebiet ihren ständigen Wohnsitz haben, zurstich aber sich außerhalb des Abstimmungsgebietes aufzuhalten (z. B. Studierende, Gewerbetreibende, Salinanarbeiter usw.)

### müssen zur Einreise zu der Abstimmung Passierscheine haben,

die zugleich als Stimmkarte dienen.

Diese Passierscheine werden nur auf schriftliches Gesuch nach vorgeschriebenem Muster hin ausgegeben. Das Gesuch muß spätestens am 2. März 1921 beim paritätischen Ausschuss eingetroffen sein. — Formulare hierzu und Verordnung erteilt jede Ortsgruppe der

### Vereinigten Verbände heimatstreuer Oberschlesier.

## Central-Verband der Maschinisten u. Heizer

sowie Berufsgenossen

Erfolgspreis:  
vormittags von 8-10 Uhr und  
nachmittags von 5-7 Uhr.

Sonnabend, den 26. Februar 1921, abends 1/7 Uhr

### Ordentliche Mitgliederversammlung

im Gartensaale des Volkshauses.

Tagesordnung: 1. Abstimmung über die Beitragsregelung.

2. Bericht u. Stellungnahme über die Anstellung des Beamten

3. Gewerkschaftliches.

Die Wichtigkeit der vorgenannten Angelegenheiten macht es erforderlich, daß jeder Kollege anwesend ist.

Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Die Ortsverwaltung.

## Zur Konfirmation: Schuhwaren in großer Auswahl

nur Qualitätsware  
zu Fabrikpreisen

Fabrikniederlage: E. Becker & Co.  
**Fr. G. Becker, Johannisgasse 6**  
neben der Allgemeinen Zeitung.

Felsche westfälische Süßrahm-Margarine wie Butter 10.50 „Fortuna“ Lebensmittel-Tunno! Brüderstraße 22, Ecke Turnerstraße

Hühner-Futter 1.60 M. das echte bayersohe, wieder eingetroffen. Mais la.... à 1.80 Geflügelzucker à 0.35 Maischrot... à 2.00 Knochenschrot à 1.40 Preis bei 10 Pfd. im Zentner billiger u. frei Haus Feist, Rödelstr. 12. Tel. 40993. Straßenb. 1 u. 8

**STÖTTERITZ!** Neue Kohlenkarten nimmt zur prompten Lieferung frei Haus und ab Lager gern an Kohlenhandlung Hermann Schilling, Leipzig-Stötteritz, Ecke Güntz- und Schönbachstr. Tel. 10653 u. Sommerfelder Str. 36.

### Beste Tafelmargarine

1 Pfund 8.80 M.  
M. Kreikemeier  
Markthalle, Galerie 148.

Haut-, Geschlechts-  
u. hornlein, vors. nem. Schwärze  
behand. Dr. med. Dörl, nicht  
aprobiert. Mittel, naturw.  
Gelehrte Leipzig, Kurplatz 10.  
Sprechst. von 9-2 u. 4-8 Uhr.

Griedel Alsig  
Adolf Kirschner  
Verlobte  
Februar 1921

## Witschels Fischhaus 41<sup>a</sup>

Plagwitz, Zschochersche Str.

### Billige Seefische!!

**Blutfr. Seelachs** ohne Kopf Pf. 2.10

**Blutfr. Schellfisch** ohne Kopf Pf. 2.10

**FF Schellfisch** mit Kopf 1-2 Pf. 1.95

**Blutfr. grüne Heringe** 3 Pf. 5.50

**Pr. Kiel. Fettbücklinge** Pf. 3.50-4.50

Ferner empfiehlt:

**Ia Kathrein. Tafelmargarine** in Würfeln, wie gute Butter!! Pf. 11.00

**Neue Schottenheringe** Pf. 5.00

**Neue Sloheringe** .... Pf. 2.50

**FF Norweg. Vollheringe** Pf. 1.50

### Geyers billige Lebensmittel

**Schweinefleisch** Pf. 11.25

Margarine, Würfel Pf. 10.80

Bruch-Röls. 2.25 Voll-Röls. 2.70

Linson. 3.80 Vikt.-Erbsen 2.25

Häferlocken 3.35 Griss. weiß Pf. 2.90

Preisselbeerkompott Pf. 2.80

Rübensaft, dfl. Pf. 2.75

Schnefeld, Paul-Heyse-Straße 30

Sellerhausen, Billowstraße 41.....

Reudnitz, Kapellenstraße 10.....

Kleinzschocher, Wigandstraße 48

Bei 5 Pfund Preismäßigung.

### Freitag und Sonnabend 2 billige Fischtage

Einheitspreis pro Pfund:

**GrüneHeringe**

**Seelachs** 1. Anschnitt

**Kabliau** im Anschnitt

**Goldbarsch** ohne Kopf

Ferner Schellfisch im Anschnitt, Austernfisch, Scholle zum billigsten Tagespreis.

Alles feinste lebendfrische Ware!

Frische Bücklinge Pf. 3.50 und 4.00

Beste Marinierheringe .. Pf. 4.00

D.D. „Nordsee“ Reichsstraße 25

Telephon 4218

Fischspezialhaus

Sehr günstiges Angebot in wirklich brauchbaren





gemacht hat. Sollten haben 4000 Freikarten, 1000 auf jeden Monat erhalten! Das Gewandhauspersonal erhält 700, das Hauspersonal 360, die Orchestermitglieder durchschnittlich vier im Monat. Ein Beamter hat 165 erhalten und Anspruch auf 280 erhoben. Neben Freikarten an auswärtige Städte ist kein Wort zu verlieren. Das andre aber ist ein unmögliches Zustand, der beseitigt werden muss. Freikarten für die Gattin der Beamten müssen ausgeschlossen sein. Es stimmt nicht, wenn man sagt, die Freikarten würden sonst auch nicht verkauft werden. Die Karten werden nämlich auch ausgegeben, wenn das Theater ausverkauft ist. Bei diesem Nischenfug deßen wir allen Bedarf nach Theaterbesuch stellst durch Freikarten.

Stadtiv. Bollerhoff befürchtet von der Erhöhung der Preise einen sehr starken Rückgang des Theaterbesuchs und fragt, ob die Erhöhung auch für Besitzer von Anrechtskarten Geltung hat.

Stadtiv. Heinze befürchtet das letztere. Er weist auf die Benutzung von Vereinsvorstellungen hin, die bedeutende Ermäßigungen erhielten.

Stadtiv. Rößig wünscht eine Berücksichtigung der Fortbildungsschüler und der Jugend überhaupt.

Stadtiv. Frau Schumann: Die minderbemittelte Bevölkerung stellt sich stundenlang an, um Karten zu erhalten, während die Besitzenden zum großen Teil auf Freikarten gehen. Sie beantragt, alle Anrechtskarten zu beseitigen, die Preise für das Operetten-Theater so zu erhöhen, dass es sich selbst trägt, und zu jeder Vorstellung eine bestimmte Anzahl Plätze den minderbemittelten zu kommen lassen.

Stadtiv. Dr. Barthold: Freikarten werden nur an den Tagen ausgegeben, an denen das Theater voraussichtlich nicht gefüllt wird. Von den Freikarten macht das gesamte Personal Gebrauch. Wenn wir die Preise nicht erhöhen, müssen wir entweder schlafen oder in künstlerischer Verlegung weit zurückgehen.

Stadtiv. Bollerhoff verlangt, da früher 800 000 M. Zuschuss bezahlt wurden, jetzt der Geldentwertung entsprechend einen solchen von 8 Millionen!

Nach längerer Debatte wird der Antrag Schumann an die Räte überwiesen, und ein Antrag Liebmann, für den dritten Rang im Alten und Neuen Theater keine Preiserhöhung vorzunehmen, einstimmig angenommen.

#### Die Leipziger Bücherei

soll durch die Gewährung einer laufenden Jahresbeihilfe von 20 000 Mark vom 1. Januar 1921 ab und demgemäß Nachbewilligung von 5000 M. auf das Bieterjahr vom 1. Januar bis 31. März 1921, sowie durch leihweise Überlassung von 1000 Büchern aus den Beständen der städtischen Büchereihallen unterstützt werden.

Der Finanzausschuss beantragt:

1. Grundhälftige Geneigtheit zur Gewährung einer Jahresbeihilfe von 20 000 M. und zur leihweisen Überlassung von 1000 Büchern zu erklären;
2. für das Bieterjahr vom 1. Januar bis 31. März 1921 5000 Mark gemäß der Vorlage zu bewilligen.

Franz Stadtiv. Thiel befürwortet lebhaft die Schaffung von Jugendbibliotheken, die an die städtischen Büchereien angegliedert werden sollen.

Die Auschusshandlungen werden in der Erwartung angenommen, daß die Einverleibung von Leuchtbal stattfindet.

#### Ein dringlicher Antrag aller Parteien

lautet: "Der Rat und das Kollegium begrüßen die Vorlage der sächsischen Regierung über die Angliederung der Forstakademie Tharandt an die Universität Leipzig und bitten den Rat um Auskunft über den Stand der Dinge, die Strömungen gegen diese Verlegung in der sächsischen Kammer sich gezeigt haben."

Der Forstvorsteher Jund begründet ihn in längeren Ausführungen, die Forstwissenschaft muss im lebendigen Zusammenhang mit allen Wissenschaften bleiben. Diese notwendige Befruchtung kann nur in organischer Verbindung mit der Universität geschehen. Die beteiligten Fachkreise der Forstwirtschaft teilen diese Auffassung. Die technische Hochschule kann nicht die gleichen wissenschaftlichen Bedingungen bieten wie die Leipziger Universität. Die Verbindungs möglichkeit mit der Landwirtschaft, die hier gegeben ist, würde dort wegfallen.

Nachdem Oberbürgermeister Dr. Rothe ausführlich die zustimmende Haltung des Rates dargelegt und die Sachlage geschildert hat, schlägt der Vorsteher Seeger vor, der Rat möge durch ein Schreiben an die Regierung die Wünsche der beiden Kollegien zum Ausdruck bringen. Dem Vorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Ohne mündliche Berichterstattung wurde folgenden Ratsvorlagen zugestimmt:

Rückübertragung des Rates, bez. den Verzicht auf die sechsprozentige Vergütung der Kosten für die bauliche Instandsetzung des Arbeiterwohnhauses Raschwitzer Straße Nr. 6 durch die Bäckerin.

— Nachbewilligung von 8000 M. zur Einfriedigung der Dünge stätte aus dem Hause des Ritterguts Taucha (der Bäcker soll die tatsächlich aufgewendeten Kosten mit vergünen und tilgen). — Nachbewilligung von 4000 M. zur Anpassung von Del- oder Segeltuchjuppen für ungefähr 40 Arbeiter der Friedhöfe. — Ratsbeschluß wegen des Zoologischen Gartens: 1. das Konto Aktienkapital unter den Passiven der Betriebsbilanz zu schließen und den Saldo von 200 000 M. zur Abbuchung des bis zur endgültigen Übernahme des Unternehmens entstandenen Betriebsverlustes von 76 107,66 M. der mit 67 230,07 M. auf die Jahre 1918 und 1919 entfällt, und im übrigen zu einer außerordentlichen Abschreibung auf die übernommenen Anlagenwerte zu verwenden. 2. die Tilgung der für Bezahlung des Inventars und der Ausstattungsgegenstände für die Gastronomie aufgewendeten 375 000 M. derart statthaft zu lassen, daß alljährlich 5 Prozent dazu zu verwenden sind, und zwar in der Weise, daß der Beitrag alljährlich einer besonderen "Erneuerungsrücklage für Inventar und Ausstattungsgegenstände" zugestellt wird. 3. weitere 200 000 M. nachzubewilligen, so daß sich ein Zuschuß von im ganzen 410 000 M. ergibt. — Nachbewilligung von 1 000 000 M. Berechnungsgeld zur Besteitung der für die städtische Jugendsfürsorge erforderlichen Mehrausgaben. — Rats beschluß der Stiftung Heim für Wanderarme zur Besteitung der Kosten, die durch die bauliche Herstellung der ehemaligen Bezirksschänke Taucha zu einem Wanderarmenheim entstanden sind, zu Kosten des Stammvereins noch weiter ein Darlehen von 30 000 Mark gegen 4 Prozent Zinsen und mit einem Tilgungsfaktor von 5 Prozent unter Bürgschaft der Landeswohlfahrtsstiftung zu gewähren. — Ratsbeschluß, Kinder ins Krankenhaus zu St. Georg aufzunehmen und zur Anschaffung von 50 Kinderbetten nebst Zubehör 200 000 M. zu der für das Krankenhaus zu St. Georg insgesamt veranschlagten Bausumme nachträglich aus Anleihemitteln zu bewilligen. Die Vorlage wird zur gemeinsamen Beratung mit einer neuen Eingabe an die Ausschüsse zurückverwiesen.

— Nachbewilligung der Mehrkosten von 2504 M. außerordentlich für Mobiliar und 13 912 M. außerordentlich zur Ausführung baulicher Arbeiten in der 9. Volksschule.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Kommunistische Gewerkschaftsstrategie im Metallarbeiterverband.

Die Kommunisten behaupten, die USP-Gewerkschaftsführer seien Verräter. Jedem Kampf mit dem Unternehmertum gingen sie aus dem Wege. Deshalb müssten die USP-Führer befehligt und „zuverlässige Kommunisten“ an ihre Stelle gesetzt werden. Dann würde gekämpft und der Kapitalismus in kurzer Zeit überwunden werden.

In einer Anzahl Ortsverwaltungen des Metallarbeiterverbands haben die Kommunisten das Heft in Händen. Dort können sie also ihre neue Taktik anwenden. Wie sieht diese nun aus?

Ihre Nachahmung empfehlenswert?

In Halle traten vor einigen Wochen aus Veranlassung des

komunistischen Bevollmächtigten Werner die Metallformer in den Streit. Werner hielt es nicht für nötig, davon dem Hauptvorstand Mitteilung zu machen, wie es selbstverständlich und durch das Statut vorgeschrieben ist. Der Hauptvorstand ist gezwungen, die vorherige Meldepflicht einer Angreifsbewegung zu verlangen. Sonst kann er ja gar nicht disponieren, auch verlor er jede Überblick. Werner ist seit zwei Jahren schon Angestellter im Metallarbeiterverband. Er hat offen erklärt, daß er bis jetzt nicht wußte, daß Angreifsbewegungen angemeldet werden müssen. So wie Werner wissen viele kommunistische Führer nicht was sie wollen. Dafür mehr schimpfen sie aber auf die USP-Bonzen". Lieberasch in Leipzig und seine Freunde machen es ebenso.

Nachdem die Metallformer von Halle in den Streit getreten waren, wurde der Schlichtungsausschuß angerufen, der auch einen Spruch fällte. Also erst rast man zum Kampf, dann erst verhandelt man. Viel richtiger wäre es gewesen, erst zu verhandeln und dann zu kämpfen, dabei wäre dasselbe herausgeprungen. Was aber ohne Kampf und ohne Opfer zu erreichen ist, muß zunächst mitgenommen werden. Das wäre freilich nicht "revolutionär", aber die Arbeiter hätten den Vorteil davon. Darauf kommt es den Kommunisten aber gar nicht an. Sie wollen nur ihr Parteielsyndikat föhren.

Die Unternehmer erkannten den Schiedsspruch nicht an, deshalb sollte beantragt werden, ihn für verbindlich zu erklären. Die Kommunisten rieten den Arbeitern, bis zur Verbindlichkeitserklärung weiterzustreiken. Die Unternehmer drohten darauf mit einer allgemeinen Ausspezzierung. Nun riet der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbands, Genosse Köhler, die Metallformer sollten die Arbeit aufnehmen und dann die Verbindlichkeitserklärung betreiben. Werner sah ein, daß dies der einzige Weg war, um die hallischen Metallarbeiter vor einer schweren Niederlage zu bewahren. Aber es war ihm fatal, seinen Kollegen, die von der Taktik der Kommunisten goldene Berge erwarteten, das zu sagen. Denn dann wäre offensichtlich geworden, daß es nicht wahr ist, wenn die Kommunisten sagen, nur die USP-Führer wollten nicht kämpfen. Der tapfere Kommunist hat deshalb unsern Genossen Köhler, den Formern den Abbruch des Streiks zu empfehlen. Dieser tat es auch, weil er die Arbeiter vor Schaden bewahren wollte. Dadurch ist die Situation gerecht worden.

Was tun nun der wackere Kommunist Werner und seine Freunde? Sie laufen durch alle Gassen und schimpfen auf die "Verräter", die "Renegaten", die "Weltherrsche", die nicht kämpfen wollen. Dem Metallarbeiter-Hauptvorstand werden sie vor, er habe den Streik "abgewürgt", die USP-Bonzen müssten deshalb besiegt werden. Die Gewerkschaften in ihrer heutigen Form seien unzureichend, der Arbeiterschaft zu helfen. Nur der Anschluß an die Moskauer Gewerkschaftsinternationale und Unterstellung unter die Führung der KAPD könne helfen. Damit wollen sie nur ihre Unfähigkeit verdecken. Wenn es ernst wird, müssen diese "Führer" nicht ein und aus und bettelten die USP-Genossen um Rat an. In der Praxis versagen die schwülstigen Reden der Kommunisten. Mit Spießbürgerrabaukunst kann man eben keinen sozialen Kampf führen.

In Leipzig machen es die Kommunisten im Metallarbeiterverband gerade so wie in Halle. Der große Lieberasch steht vor, seine Freunde trüben nach. Niemals hat Lieberasch einen neuen, brauchbaren Weg gezeigt. Nur die Bekämpfung der Betriebe hat es ihm angehängt. Dann konnte er noch nicht einmal sagen, wie er sich in Praxis die Bekämpfung denkt. Nichts wie Phrasen. Jetzt behauptet Lieberasch, die Gewerkschaften hätten sich überlebt. Ist ein solcher Mann überhaupt noch ernst zu nehmen? Und da muten die Kommunisten den Metallarbeitern zu, die ganze Ortsverwaltung mit solchen grundsätzlichen Konfusionen zu befreien? Das ist eine beleidigende Unterschätzung der Urtiefstüdigkeit der Metallarbeiter.

Die Wahl der Ortsverwaltung am 6. März bietet den denkenden Metallarbeitern Gelegenheit, den kommunistischen "Führern" eine Quittung für ihr demagogisches Verhalten auszuteilen. Deshalb seien Stimmen den kommunistischen Schädlingen, wählt und agiert für die USP!

#### Achtung Bauarbeiter!

Wie der Verbandsvorstand durch die verbindlichkeitserklärende Tätigkeit von Hesel, Brandler und Bachmann zu deren Auskunft gezwungen wurde, so führt die Tätigkeit der Kommunisten im Bezirksverein Leipzig zu dessen Auflösung. Die Entscheidung darüber wird in den nächsten Versammlungen fallen. Wie zu lange hat die Verwaltung im guten Glauben an die Ehrlichkeit der kommunistischen Kollegen, deren Wühlerien ausgenutzt. Ohne auf die Warnungen zu achten und um den Kollegen nicht Gelegenheit zu geben über Bürokratismus und Terror zu schreien, ließ sie eine Organisation der kommunistischen Fraktion im Verband los entstehen, die sich mit solchen Organisationsangelegenheiten befaßte, die nur vom geläufigen Bezirksverein erledigt werden können. Das Vorsehen der Kommunisten hat den Beweis erbracht, daß es ihnen auf die Geschlossenheit der Organisation nur solange ankommt, als es in ihrem Parteinteresse notwendig erscheint.

Nach den Punkten 9 und 10 des Moskauer Taktik müssen die Kommunisten einen sozialistischen und sozialräumlichen Kampf in allen Massenorganisationen der deutschen Arbeiter entfalten. Die kommunistischen Zellen dürfen weder in den Verwaltungen noch bei Delegationen an Konferenzen und Verbandsstagen den Mitgliedern ein Mitbestimmungsrecht einräumen. Sie müssen sich der kommunistischen Parteidoktrine und den Befehlen einzelner Führer unterwerfen. Bisher haben die Bauarbeiter alle Verluste die nach dieser Richtung hin unternommen wurden, aufs härteste definiert. Auch die Kollegen, die sich jetzt zu den kommunistischen Zellen reden, taten das Gleiche. Jetzt aber soll auf einmal den Mitgliedern das Mitbestimmungsrecht genommen werden, nur, weil es Moskau so willnt. Im Punkt 2 der Bedingungen heißt es ausdrücklich, es müssen alle Verwaltungsposten mit überlädtigen Kommunisten besetzt werden. Also auf die fachliche Eignung kommt es nicht an, wenn die Anwärter nur "zuverlässige Kommunisten" sind, d. h. wenn sie stramm nach der K.-D.-F.-Führer tanzen. Nicht charaktervoller, tüchtige Kollegen sollen gewählt werden, sondern maulaufrichtige Namelungen.

Zie es um die kommunistische Phrasen von der Erhaltung der Geschlossenheit der Organisation bestellt ist, zeigt das Vorgehen des ausgeschiedenen Kollegen Bachmann (Chemnitz), der in einer Sitzung am 22. Januar in Chemnitz folgendes erklärte:

"Kollegen! Ich habe Euch über nichts im Unklaren lassen. Wir müssen einen neuen Verband gründen. Dieser wird voreilig aus Chemnitz, Halle, Leipzig und Berlin schleichen. Die anderen Ortsgruppen haben sich noch nicht geäußert."

Als auf diese Ausführungen von einem Kollegen eingeworfen wurde: "Aber hört mal, jetzt gesteht Du doch ohne weiteres zu, was wir schon lange angenommen haben", antwortete Bachmann: "Es ist meine Pflicht, Euch als Organisationsführer reinen Wein einzuschenken."

Alo die Eingeweihten wissen heute schon, wohin die Reise geht. Der großen Masse der kommunistischen Nachläufer und den sozialen Bauarbeiter streut man über vorauslaufende Sand in die Augen, indem man so tut, als wolle die Kommunisten die Einheit der Gewerkschaften aufrechterhalten und als sei dies Einheit durch die "reaktionären" Gewerkschaftsvorstände gefährdet.

Dortaus können die Leipziger Bauarbeiter erkennen, wie es um die Ehrlichkeit der komm. Lieberasch bestellt ist. Seht euch die Zellenleute an und fragt sie, was sie früher waren und was sie für die Organisation geleistet haben.

Nach dem Vorgehen der Bachmann und Genossen wird auch im Bezirksverein Leipzig des Bauarbeiter-Verbands in den nächsten Versammlungen die Entscheidung fallen müssen, ob zum Berücksichtigen der Unternehmer die Organisation in kurzer Zeit zu einem Trümmerhaufen gemacht werden soll. Wer von den Kollegen die Organisation in ihrer Geschlossenheit und als Kampfmittel erhalten und weiter ausbauen will, dem erwacht jetzt die Pflicht, in den Versammlungen zu erheben und mit zu entscheiden, ob die Treiberlein der komm. Kellmessen zum Schaden der Kollegen und zur Freude der Reaktion weitergehen sollen. Kollegen, Ihr seid gewarnt.

#### Unternehmerpraxis der Oberpostdirektion.

Daß es gerade in der jetzigen Periode für die Betriebsräte bei den Postanstalten notwendig ist, ein wachstumes Auge zu haben, mag folgendes Beispiel zeigen:

Durch Verfüllung des Reichspostministeriums vom 28. 1. 1921 würden ungefähr 12 000 Posthilfskräfte rücksichtslos aus den Be-

trieben entfernt. Das seitende Motiv hierfür war, den immer mehr verwesenden Leichnam des kapitalistischen Staatsbetriebes wieder etwas aufzurichten, um so den Verzehrungsprozeß hinauszuzögern. Den Entlassenen gewährte man noch quädelhaft eine Abfindungssumme in Höhe von 2 und 4 Wochen Lohn, im günstigsten Falle somit 900 M. Ein wahrer Judaslohn, der hinwegzutäuschen sollte über das kommende graue Gespenst der Arbeitslosigkeit. — Während man nun auf der einen Seite dazu überging, die sogenannten Hilfskräfte, die in den meisten Hallen 4 und 5 Jahre bei der Post für einen Hungerlohn gearbeitet haben, hinauszutäuschen, keiste man sofort auf der andern Seite Veute neu ein, die noch nie im Betriebe gearbeitet haben.

Das Fernsprechamt braucht schon seit längerer Zeit 300 Telefonistinnen, jedoch, wie es in einem Schreiben heißt, aus "guten Familien" stammend. Es ist dies von einer Staatsbehörde eine gänzliche Umgehung der Demobilisierungsvorführungen sowie eine Nichtbeachtung der ministeriellen Verfassungen. Sollten das etwa die finanziellen Sparmaßnahmen der Behörden sein? Oder waren etwa gar keine Posthilfskräfte übersättig und schob man einschärfen zu können? Hier gilt es für die Betriebsräte, energisch aufzupassen und mehr als je Front zu machen gegen die reaktionären Machenschaften der Oberpostdirektion.

Ein weiteres, mehr ergänzendes Glück der Geheimratsbureau-Kratze zeigte sich leidens beim Unterricht der angehenden Postbeamten, der sogenannten Postbeamtenanwärter. Nicht genug, daß diese Anwärter gezwungen werden sollten, dem Unterricht während ihrer freien Zeit beizuhören, ging der Letzte dieser, Herr Postdirektor Fuchs, dazu über, von den anwesenden Schülern, alles Männer im gereiften Alter, die durchweg vier Jahre im Felde ihren Mann gestanden haben, zu verlangen, daß sie sich beim Eintreten des Lehrers von den Plätzen erheben. Es fehlt nur noch, daß es hieße: Stecken geblieben, Hände an die Hosennähte, oder Helm ab zum Gebet. Ganz besonders würden wir leichtes empfehlen und am Anfang wie Ende jedes Gebetes zu sehen: Betet und arbeite. Im übrigen aber ganz nach militärischem Muster zu sagen: "Halt's M...!"

#### Deutscher Verkehrs Bund,

#### Abteilung des Post-, Telegraphen- und Fernsprechpersonals.

#### Tarifverbindlichkeit im Buchhandel.

Die in Ergänzung des Tarifvertrages vom 20. 2. 1920 abgeschlossene Vereinbarung vom 29. 11. 1920 für Marktihelfer, Bäcker usw. im Buchhandel ist vom Reichsarbeitsministerium im gleichen Umfang wie der Tarifvertrag vom 20. 2. 1920 für alle Gemeindeverbindlichkeit erklärt worden. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. Dezember 1920.

Wenn man das Existenzminimum mit dem Einkommen eines Buchhandlungsmarktihelfers vergleicht, muß man ohne weiteres begreifen, daß in diesen Kreisen eine große Verelendung Platz greifen muß. Die Mindestwohnlohn bewegen sich zwischen 45 bis 180 M., im günstigsten Falle bei sechsjähriger Beschäftigungs dauer im Betriebe 182 M. Dabei muß hervorgehoben werden, daß nur in ganz wenigen Fällen einige Unternehmer über diesen Tarif zahlen. Am 1. März erfolgt eine Aussetzung der Wochenlöhne in Höhe von 1,50 bis 6 M. Das Existenzminimum einer vierköpfigen Familie beträgt heute 323 M. Ein Familienvater dieser Branche bringt seiner Familie gerade die Höchste des Existenzminimums mit nach Hause. Die Wochenlöhne für Jugendliche, aufsteigend von 45 M., sind ebenfalls viel zu niedrig und kaum mehr als ein Taschengeld.

Mit welchen Gedanken und Untersangen sich die Herren von Besitz und Bildung tragen, zeigt ein Geheimschreiben, das uns ein günstiger Wind auf das Schreibpult weht und in dem es heißt: "Mit Rücksicht darauf, daß schon seit getaumelter Zeit ein Alltag in den Kosten für die Lebenshaltung zu beobachten ist (vergl. hierzu die in Anmerkung wiedergegebenen Feststellungen des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig), ist von einigen unserer Mitglieder angeregt worden, bei der nächsten Tarifverhandlung einem Abbau der jetzt gewährten Zeuerungszulagen näherzutreten. Um nun den Vorstand und die Tarifkommission, die nach dieser Richtung bestimmt Entscheidungen noch nicht gefaßt haben, noch über das amtliche statistische Material hinaus mit Unterlagen zu versehen, bitte ich unsere Mitglieder, uns auf Grund ihrer Erfahrungen und Beobachtungen ihre Meinung hierzu baldigst mitteilen zu wollen."

erner werden in dem Rundschreiben die Unternehmer angewiesen, ihrem Personal seinerseits über den Tarif hinausgehende Vergünstigungen zu gewähren, damit die Gehilfen nicht bei späteren Lohnverhandlungen dies auspielen können gegen die selbständigen Unternehmer. Die Herren von Besitz und Bildung können sich nicht, sofort mit Lohnabb

# Wirtschaftliche Wochenschau.

## Kapitalistische Handelspolitik.

Durch die ganze kapitalistische Welt geht heute ein Schrei. wir wollen mehr exportieren und weniger importieren. So grundverschieden die Struktur und Wirtschaftslage der einzelnen Staaten ist, in diesem brennenden Wunsch sind sich alle einig: die einen zwingt die Not dazu, die andern der Überfluss. Niemand wird behaupten wollen, daß die deutsche Landwirtschaft augenblicklich an einem Überfluss an Kunstdünger leidet. Dennoch ist es das Ziel der Sehnsucht unserer Kali-Industriellen, Bestellungen aus Amerika zu erhalten, denn die amerikanischen Dollars sollen sie für die wertlosen Mark, die die deutschen Landwirte ihnen zu bieten haben, entschädigen. Und da die amerikanischen Bestellungen ausbleiben und die Inlandspresse nicht erhöht werden dürfen, legen die Kali-Industriellen ihre Betriebe still, zum schweren Schaden der deutschen Volkswirtschaft, und vergrößern das Heer der Arbeitslosen. Dieselbe Sehnsucht zu exportieren, bestellt die andern Industrien, während die Einfuhr durch den Tiefstand unsrer Valuta und der Kaufkraft der Bevölkerung automatisch gedrosselt wird. Und was für das Rohtstoffgebiet Deutschland gilt, gilt in gleichem oder noch höherem Maße von allen mittel-europäischen Staaten: sie bilden zusammen ein großes Rohtstoffgebiet, das sich mit den Hungerlöhnen der Arbeiter den Export ertragen muß, um ein kümmerliches Leben fristen zu können, während es sich eben wegen dieser Hungerlöhne das ausländische Brot vom Mund absparen muß.

In diesem ihrem zwangsläufigen Streben nach Förderung der Ausfuhr und Hemmung der Einfuhr begegnen sich diese Staaten mit den valuta starken Ländern. Beide Staatengruppen sind sich in diesem Punkte einig. Über ihre „Einigkeit“ gleicht aufs Haar jener berühmten Einigkeit der beiden Herrscher Karl von Spanien und Franz von Österreich, die beide den gleichen Appell auf Italien verspürten. Und wie jene Einigkeit zu einem Jahrzehntelangen Krieg geführt hat, so droht auch heute das gleichgerichtete Streben aller Staaten zu einem schweren Wirtschaftskrieg zu führen, der die Verewigung des Wirtschaftselends der Welt zur unausbleiblichen Folge haben müßte.

## Rückgang der Ausfuhr.

Wir haben an dieser Stelle schon des öfteren geschildert, wie schwer die Absatzstörung auf der Industrie der amerikanischen und westeuropäischen Staaten lastet, wie schwer die Arbeiterschaft dieser Länder unter Betriebseinschränkungen, Arbeitszeitverkürzungen, Lohnherabsetzungen und Arbeitslosigkeit zu leiden hat. Es sei als Beispiel nur der Rückgang der Ausfuhrziffern der drei weltbeherrschenden Staaten, England, Amerika und Japan, angeführt: Die Ausfuhr Englands ging seit November des vorigen Jahres, wo sie noch 122 Millionen Pfund Sterling betrug, unaufhörlich zurück; im Dezember wurden nur mehr für 100 Mill. Pfund Sterling Waren ausgeführt, im Januar für 98 Millionen. In Amerika ging die Ausfuhr von 752 Mill. Dollar im Oktober auf 720 Millionen im Dezember zurück. Am stärksten ist aber der Ausfuhrrückgang in Japan. Während im Jahre 1919 Waren im Werte von 2099 Mill. Yen (1 Yen = 2,1 Goldmark) ausgeführt wurden, sank die Ausfuhr im Jahre 1920 auf 1947 Mill. Yen, obwohl inzwischen die Weltmarktpresse gewaltig gestiegen waren. Den stärksten Rückgang brachten die beiden letzten Monate dieses Jahres: einer Ausfuhr von 219 Mill. Yen im November 1919 steht eine Ausfuhr von bloß 104 Mill. Yen im November 1920 gegenüber, für Dezember lauten die entsprechenden Zahlen 277 bzw. 87 Mill. Yen.

## Ausfuhrkredite.

In dem Maße, in dem die europäischen Länder unvermögend werden, die Waren der valuta starken Länder aufzunehmen, wächst die Bereitwilligkeit der Kapitalisten jener Länder, die Ausfuhr vorläufig aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Auch von diesen Plänen haben wir schon mehrfach gesprochen, aber sie schwieben bisher völlig in der Luft. Jetzt erst ist endlich die Gründung der großen amerikanischen Außenhandels-Finanzgesellschaft gelungen, die schon seit einem Jahre geplant war. Das Unternehmen soll in echt amerikanischer Großzügigkeit durchgeführt werden. Hundert der größten Bankiers und Geschäftsmänner haben sich an der Gründung beteiligt und ein Kapital von 100 Millionen Dollar (nach andern Meldungen sogar 150) aufgebracht, die als Grundlage für Schuldscheindispositionen in der Höhe von vorläufig 1000 Mill. Dollar (nach dem heutigen Kursstande fast 60 Milliarden Mark) dienen sollen. Dass es den Amerikanern endlich ernst mit ihrem Plane ist — der große Krach hat ihnen anscheinend doch den Ernst der Situation zum Bewußtsein gebracht —, lässt sich daraus erkennen, dass als Präsident der neuen Gesellschaft der Gouverneur des Federal Reserve Board (das die Funktion eines Noten-Zentralinstituts ausübt) und hinter ihr als treibende Kraft der Europa-freund Hoover steht, den Harding eben zum Handelsminister seines Kabinetts ernannt hat.

Die englische Regierung hat bereits 26 Mill. Pf. Sterl zur Unterstützung des Handels mit Mitteleuropa ausgeworfen. Nach einem Plan, der gegenwärtig in offiziellen Kreisen beratschlagt wird, soll die Hälfte dieses Betrages als Reserve, gleichsam als Versicherungsprämie für Verluste verwendet werden, die den englischen Kaufleuten im Handel mit diesen „noch nicht konsolidierten“ Ländern drohen. Aber natürlich wäre damit noch nicht viel getan, auch die englischen Versicherungsanstalten und Banken mühten einen Teil des Risikos übernehmen. Aber — das Risiko erscheint ihnen zu groß und sie wollen ihre, auch so lauer verdienten Millionen nicht in das unsichere Geschäft hineinsticken: an der Ungünstigkeit der Privatwirtschaft finden alle Versuche, die todkranke Weltwirtschaft zu heilen, ihre unübersteigbare Schranke.

Sogar Belgien und Frankreich, die selbst einen großen Kredit bedarf haben, zwingt die Absatzkrise zu ähnlichen Kreditplänen. Die belgische Regierung macht ihren Kapitalisten folgende Vorschläge: sie sollten den Käufern der mittel- und osteuropäischen Staaten Kredite gewähren, für die die belgische Regierung bis zu 75 Prozent Garantie leisten würde, während 25 Prozent des Risikos von den Unternehmen getragen werden müssten. Die Kre-

dite sollten aber nur gewährt werden, wenn die Staaten, denen Belgien gnädig verstellen will, sich an es zu verschulden, dafür ausreichende Sicherheit — vermutlich in den Staatsanleihen — leisten. In Frankreich berät augenblicklich die Außenhandelsbank in Gemeinschaft mit dem Handelsministerium über die Errichtung einer Organisation zur Finanzierung der Ausfuhr nach valutaschwachen Ländern.

## Erwünschte und unerwünschte Ausfuhr.

So gehen die westlichen Länder daran, die Stagnation ihrer Industrie dadurch zu überwinden, dass sie ihren Export in die valutaschwachen Länder vergrößern und diese dadurch sich in noch höherem Maße schuldspflichtig machen, als sie es bereits sind. Immerhin, soweit es sich dabei um Rohstoffe handelt, deren die mitteleuropäischen Länder zur Beliebung ihrer Industrie dringend benötigen, könnte man sich damit einverstanden erklären: es gibt für sie kein anderes Mittel, um ihre Produktion wieder auf die Höhe zu bringen.

Den kapitalistisch hochentwickelten Staaten des Westens ist es aber nicht nur darum zu tun, die Rohstoffausfuhr zu fördern — wenn auch die Überwindung der Krise auf dem Rohstoffmarkt jetzt zweifellos das drängendste Problem ist —, sondern die Ausfuhr ihrer Fertigfabrikate. Trifft die Rohstoffkrise mehr die landwirtschaftlichen Pächter und Farmer, so werden von der Absatzstörung der Fertigfabrikate am schwersten die Arbeiter betroffen. Die ungeheuer hohen Arbeitslosenziffern hat in erster Linie die Krise in der Automobil-, Textil-, Eisenindustrie usw. auf dem Gewissen. Daher das Streben, mehr Fertigfabrikate auszufließen. Dazu ist den Kapitalisten, wie zu allem, was ihnen Profit einbringt, jedes Mittel recht. Frankreich nutzt seine politische Vorherrschaft in den Tschechoslowakei und Polen dazu aus, um diesen Ländern Handelsverträge aufzuzwingen, in denen sie sich zur Einfuhr französischer Fertigfabrikate und Luxuswaren verpflichten, obwohl sie alles andre eher nötig haben als Luxuswaren. Die Entente ließ monatelang das „Loch im Westen“ offen, um ihre hochwertigen Luxuswaren nach Deutschland hereinzuschmuggeln und so ihr Teil zur Verschlechterung der deutschen Valuta beizutragen.

Während sich so die valuta starken Länder bemühen, die Ausfuhr von Fertigwaren dorthin zu lenken, wo sie unerwünscht und volkswirtschaftlich schädlich ist, können sie sich noch immer nicht entschließen, sie dorthin zu lenken, wo die Wirtschaft nach ihnen leidet: nach Sovjetrußland. Erst das wachsende Unschwanken der Arbeitslosenziffern und die insgesessen immer drohender und ungestümwerdende Sprache der Arbeiterschaft zwingen die Regierungen dazu, den Handelsanschluss an Russland zu suchen. In der letzten Zeit häufen sich die Nachrichten von Handelsabschlüssen zwischen Russland und europäischen und amerikanischen Firmen, die vorläufig noch inoffiziell, aber doch unter schweigender Zustimmung der Regierungen getägt werden. In der Schweiz wurde eine russisch-schweizerische Handelsgesellschaft gegründet, in England ein britisch-baltischer Handelsverband, der zunächst die Handelsbeziehungen zu den Randstaaten pflegen, aber auf dem Umweg über sie mit Russland in Verbindung treten will. In der letzten Wirtschaftlichen Wochenschau berichteten wir von einem russischen Lokomotivontrag an schwedische und deutsche Firmen, zur gleichen Zeit wurde der großen englischen Firma Armstrong ein Auftrag zur Wiederherstellung von 5000 russischen reparaturbedürftigen Lokomotiven erteilt. So erzwingt die wirtschaftliche Notwendigkeit die Lockerung des eisernen Blockade ringes um Russland, sie wird über kurz oder lang über die kleinliche hornierte Politik der kapitalistischen Regierungen den Sieg davontragen.

## Angst vor der Einfuhr.

Sir Lloyd George, der sicherlich ein sehr gewiefter und kluger Geschäftsmann ist, hat in einer seiner letzten Reden einen Satz ausgesprochen, der für die heutige Situation der Weltwirtschaft einerseits, für die puritanisch-pietistische Hauptschule seiner kapitalistischen Landsleute andererseits kennzeichnend ist: „Liebe deinen Nächsten, das ist nicht nur gutes, rechtes Christentum, sondern gutes Geschäft.“ Es ist aber merkwürdig, dass die Kapitalisten, die in ihrem beschränkten Kreise sich so glänzend darauf verstehen, gute Geschäfte zu machen, unfähig sind, die großen wirtschaftlichen Zusammenhänge zu überblicken und auch da die Nächstenliebe mit dem Geschäft zu verbinden. Soviel wissen sie schon aus ihrer Praxis, dass es zu Zeiten klug ist, einem bedrängten Kunden mit Krediten beizubringen, aber die Einsicht, dass nur das Wiederaufblühen der Produktion und des Exports in den verwüsteten Ländern Europas diese wieder zu kauftaftigen Kunden machen kann, übersteigt schon ihre Geisteskräfte. Statt den Export von Fertigfabrikaten aus diesen Ländern zu steigern — der einzige Weg für diese, sich ausländische Zahlungsmittel, ihren Arbeitern Beschäftigung und ein allmähliches Ansteigen der Reallohn zu verschaffen — geht ihr ganzes Streben dahin, ihn zu erdrosseln, wo und wie es nur möglich ist. Die Kapitalisten vermögen eben ihren Blick nicht über das Nächste liegende zu erheben: das ist augenfällig die mischliche Lage ihrer Warenmarktes, die durch die starke Konkurrenz der valutaschwachen Länder noch verschärft wird. Es ist freilich bitter, wenn der eigene Markt, der ohnehin schon an einer Überfüllung mit unanbringlichen Waren leidet, noch mit Waren überschwemmt wird, die die valutaschwachen Länder zu viel billigeren Preisen liefern können, weil ihre Arbeiter sich mit viel niedrigeren Reallohnen begnügen müssen. Es ist zu verstehen, dass in den valuta starken Ländern die deutschen Arbeiter als Lohndrücker, die deutschen Kapitalisten als Schuhkonkurrenten empfunden werden. Aber ich möchte den deutschen Arbeitern lernen, der sich in dieser Rolle als Lohndrücker behaglich fühlt. Die deutschen Arbeiter mit ihren Jahrzehntelangen gewerkschaftlichen Traditionen, die ihnen den Sack gegenüber allem Lohndrücker und Musterium tief eingepflzt haben, haben wohl nicht das ergangene Bedürfnis, eine solche Rolle zu spielen. Es liegt nicht an ihnen, dass sie sie kneien müssen. Schuld daran ist die Macht des Kapitals in Deutschland und das Elend unserer Staatsfinanzen

— beides steht in innigem Zusammenhang miteinander —, schuld daran ist aber auch unsre wirtschaftliche Verelendung im allgemeinen, die sicherlich nicht behoben werden kann, ja nur immer verschärft werden muss, wenn der deutschen Industrie die ausländischen Märkte verschlossen werden.

## Schutzpolitisches.

Darauf arbeiten aber die ausländischen Kapitalisten hin. Sie wollen gegen das verhasste Dumping Schutzmauern aufrichten. In allen valuta starken Ländern hat die heftigste Schutzpolitik eingesezt. Die Staaten, die auch bisher schon eine Politik der hohen Schutzzölle getrieben hatten, gingen voran. Japan, Argentinien, Chile, Columbia sogar um 100 Prozent —, von westeuropäischen Staaten Spanien und Frankreich. Die Schweiz folgte später nach langen inneren Kämpfen nach. Von der Schweiz ist es noch am ehesten zu verstehen, da sie von allen Seiten von Ländern mit tieferer Valuta umgeben ist. Auch in Dänemark machen sich starke schutzzöllerische Bestrebungen gegen das deutsche Dumping bemerkbar, die aber bei der grundsätzlich freien Bauernregierung keine Gegenliebe finden. Darum hat die Industrie der halbstarken Regierung einen harten Kampf angelegt.

Vielleicht aber, besonders für die deutsche Industrie, sind die Vorgänge in Frankreich, England und Amerika. In Frankreich sollen weitere Zollerhöhungen durchgeführt werden, die ihre Spitze eingestandenermaßen gegen Deutschland lehren und nur zu dem Zweck geschaffen werden sollen, „um den bedeutenden Vorteil weitzumachen, den die deutsche Einfuhr in Frankreich infolge der Valutadifferenz genieht.“ Aus Amerika hört man an dauernd von hochschutzzöllerischen Plänen, die vorläufig nur deshalb nicht verwirklicht werden, weil der Regierungswechsel vor der Türe steht. Wenn er aber vollzogen sein wird und der Republikaner Harding, der Beauftragte der Industrie und ihrer hochschutzzöllerischen Bestrebungen, ans Ruder kommt, dann wird Amerika seine bisherige Schutzpolitik zweifellos noch verschärfen.

Am bezeichnendsten ist aber, dass England, das klassische Freihandelsland, in dieselbe Kerbe einschlägt. Mit dem Freihandelsprinzip wurde freilich schon während des Krieges gebrochen. Die Welt hat davon wenig gehört und selbst die englische Oeffentlichkeit ist sich dessen wenig bewusst geworden, weil sie damals mit andern Dingen beschäftigt war und die Einführung von Zöllen infolge der abnormalen Wirtschaftsverhältnisse unauffällig bewerkstelligt werden konnte. Vor kurzem aber ging England einen Schritt weiter und erließ ein Gesetz zum Schutze der Farben-Industrie. Damit diese während des Krieges und der Absperrung vom deutschen Markt ähnlich herangezüchtete Industrie infolge der deutschen Konkurrenz nicht zusammenbricht, wurde die Einfuhr von Farbstoffen an die Bewilligung einer Kommission geknüpft, die von Fall zu Fall über Einfuhrbeschränkungen entscheiden hat, also gedrosselt, wenn nicht ganz unmöglich gemacht. Immerhin handelt es sich damals noch um einen Ausnahmefall. Nun aber hat die Regierung einen Gesetzentwurf eingebracht, der ein komplettes Schutzzollsystem darstellt. Die gesamte Industrie soll je nach dem Grade ihrer Wichtigkeit und ihrer Bedrohung durch die Konkurrenz valutaschwachen Länder in drei Klassen eingeteilt werden und dementsprechend in abgestuftem Maße „geschützt“ werden: die Einfuhr gewisser Waren soll überhaupt verboten, die andern Waren unter Lizenz gestellt werden, auf die übrigen Waren soll ein Einfuhrzoll gelegt werden, der sich mit den Schwankungen der ausländischen Valuta automatisch verändert.

## Die Pariser Beschlüsse.

So schließen sich die kapitalistischen Staaten, die so bitter aufeinander angewiesen sind, voreinander ab und erschweren sich gegenseitig den Aufstieg. Und ganz auf denselben „Gedanken“ sind die Pariser Beschlüsse der Ententestaaten eingekettet, die jetzt in London zur Diskussion gestellt werden: Deutschland soll Milliarden und aber Milliarden zahlen. So tiefsinnig sind die nationalökonomischen Kenntnisse der Machthaber der Entente noch, um einzusehen, dass Deutschland nur mit den Produkten seiner Arbeit bezahlen kann. Über diese Produkte würden die übersättigten Märkte der Ententestaaten überschwemmen. Um dies zu verhindern, wollen die Ententeregierungen es erstens durchsetzen, dass Deutschland nicht in Fertigfabrikaten, sondern in Rohstoffen zahl zahl — ein ganz unsinniger Gedanke, da Deutschland gar keine Rohstoffe zur Verfügung hat: es könnte höchstens von andern Ländern Rohstoffe kaufen und damit seine Wiederauflösung verpflichtungen erfüllen, aber es würden dadurch nur überflüssige Zwischengewinne für die Neutralen entstehen, die Wirkung auf den Markt der Entente hingegen wäre genau dieselbe. Darum haben sich die Ententeregierungen noch einen sichereren Schutz ausgedacht: die zwölfprozentige Ausfuhrabgabe. Sie würde allerdings die deutsche Ausfuhr hemmen, denn sie würde wie ein hoher Einfuhrzoll wirken, ganz gleichgültig, in welcher Form sie geleistet werden soll. Würde aber die deutsche Ausfuhr gehemmt, würde ihr der durch den Tiestand ihrer Valuta verursachte Scheinbare Vorprung — der Vorprung ist nur scheinbar, weil er durch die Wertsteigerung der Einfuhr mehr als weitgemacht wird — genommen, dann kämen die Ententestaaten um ihr Geld, weil nur eine kräftige deutsche Ausfuhr Deutschland zahlungsfähig machen könnte. Außerdem aber wäre diese Hemmung der Ausfuhr auf die Dauer unwirksam, weil ein Staat wie Deutschland auf die Ausfuhr angewiesen ist und sie sich in diesem Falle mit einer weiteren Senkung der Reallohn seines Arbeiters verlaufen müsste. Es bliebe also die deutsche Konkurrenz, es bliebe der Lohndruck der deutschen Arbeiter, aber anderseits würde Deutschland infolge seiner fortwährenden Verarmung völlig zahlungsfähig und ein noch schlechterer Kunde für die französischen, englischen und amerikanischen Rohstoffe und Industrieprodukte. Wahr, Wahr, überall Wahr, Verblendung und Kurzsigligkeit: das ist das Kennzeichen der inneren und äußeren Wirtschaftspolitik des Kapitalismus.

**Aus der Umgebung.****Krankenhausverband für den Bezirk Leipzig.**

Man schreibt uns: Eine Anzahl Krankenkassen, deren Sitz sich im Bezirk des Oberversicherungsamts Leipzig befindet, hat sich zu einem Verband vereinigt, um ihre Aufgaben besser erfüllen zu können. Der Sitz und die Leitung des Verbands, dessen Vorsitzender der Fabrikbesitzer Stadtrat Kirsch in Leisnig ist, befindet sich in Leisnig.

Die Gründung des Verbands erfolgte u. a. auch zu dem Zweck, um das frühere Militärlazarett in Leisnig läufig zu erwerben und es zu einem Kreiskrankenhaus einzurichten. Daneben war auch der Erwerb des Erholungsheims Paudrisch bei Leisnig in Aussicht genommen.

Beide Vorhaben sind in ihren wesentlichen Punkten bereits erledigt, so daß die geplanten Einrichtungen spätestens am 1. April dieses Jahres ihren Bestimmungen zugeführt werden können.

Die Errichtung eines mit den neuen Heilstätten auszutüftenden Kreiskrankenhauses war eine Notwendigkeit; denn mehrere sind schwerkrankte Mitglieder der Krankenkassen in Döbeln, Waldheim, Leisnig, Grimma und an anderen Orten von den städtischen Krankenhäusern in Leipzig wegen Überfüllung zurückgewiesen worden, obwohl ihre Aufnahme notwendig war. Da diese Zurückweisung einen wenig erfreulichen Eindruck vor allen Dingen auf die Kranken hinterlassen mußte, ist gewiß, wenn dieser Erscheinung von den dazu berufenen Versicherungsträgern durch die Errichtung des Kreiskrankenhauses Rechnung getragen werden ist und entgegengewirkt werden soll, so darf man das Bestreben der Vorstände jener Kassen nur fördern und unterstützen.

Es ist eine schöne Aufgabe, die sich der Verband gestellt hat, mögen alle Verbandskassen an ihrer Lösung ernstlich mit arbeiten, wodurch der Nachweis erbracht werden kann, daß auch kleinere Kassen das Gefühl der Zusammengehörigkeit wirklich erfahren haben und sie mehr und mehr gewillt sind, finanzielle Interessen zurückzustellen, wenn es sich um das Wohl der Kranken handelt.

Die Ortskrankenkassen Leipzig-Stadt und Leipzig-Land, der Verband der Landeskrankenkassen in Leipzig und die Betriebskrankenkasse für die Oberpostdirektion in Leipzig haben an der Errichtung des Kreiskrankenhauses in Leisnig nur ein mittelbares Interesse; dennoch haben viele Kassen die Befreiung des Verbands durch ihren Beitritt und ihre Beiträge unterstützt. Sie werden sich gewiß auch weiterhin die Unterstützung des Verbands durch Leistung von Beiträgen und Entsendung von Kräften in das Erholungsheim Paudrisch angelegen sein lassen und ihre Mitarbeit gern in den Dienst der guten Sache stellen.

G. Engelsdorf. Aus dem Gemeinderat. Man nimmt Kenntnis, daß Herr Emil Bräsel, Engelsdorf, in den Vorstand des Gemeindeverbands für das Elektrizitätswerk Leipzig-Land gewählt worden ist. Ein vom Kaninchenzüchterverein zur Vergütung gestellter Betrag wird mit Dank angenommen und der Armentasse überwiesen. Dem Leipziger Helm für gebrechliche Kinder wird ein Beitrag von 20 Ml. und den in Crottendorf i. L. durch ein Brandungsließ geschädigten ein solcher in Höhe von 50 Mark bewilligt. Als Vertrauensmann der Arbeitgeber für die Land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft wird Herr Hornig und als Stellvertreter Herr Höhler gewählt. Auf Vorschlag des Bauausschusses wird die Beschaffung eines Teils der Werkstätten, Haupt-, Paunsdorfer, Ernst-Gute- und Leipziger Straße beschlossen. Die auf ca. 96 000 Ml. veranschlagten Kosten sollen im Haushaltplan für das Rechnungsjahr 1921 übertragen werden. In den Kosten hat die Leipziger Terrangefellschaft einen Beitrag zu leisten, weil sie zur Instandhaltung der Paunsdorfer Straße verpflichtet ist. Die Gebühren für die Leichenstrau werden um 100 Prozent erhöht. Der 5. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung betrifft die Hundesteuer wird in erster Sitzung ange-

nommen. Die Steuersätze werden wie folgt festgesetzt: Von Gemeinderat anerkannte Jäger- und Wildhunde jährlich 30 Ml., für jeden übrigen Hund jährlich 75 Ml. Dieser Satz hat bei jedem weiteren Luxus Hund eine progressive Steigerung um 30 Prozent zu erfahren. Der Finanzausschuss hat sich in eingehender Beratung in mehreren Sitzungen mit der Einführung einer Eintrittsarten- und Taxateuer beschäftigt und sich für die Einführung dieser neuen Steuer entschieden, und zwar mit Rücksicht darauf, daß in Engelsdorf das reichsstädtische Einkommen nicht zur Zukunftssteuer herangezogen wird. Der Gemeinderat tritt dem Standpunkt des Finanzausschusses bei und nimmt in erster Lesung die aufgestellte Eintrittsarten- und Taxateuerordnung an. Zur Erledigung der eingehenden Sitzungen um Konfirmandenbeihilfen wird ein mit weitreichenden Vollmachten versehener dreitägiger Ausdruck eingesetzt. Den Vorsitz führt der Gemeindevorstand. Der Ausdruck soll sich der Hilfe des Schuldirektors und des Gemeindekassierers bedienen. Auf Vorschlag des Finanzausschusses wird beschlossen, Herrn Otto Dehmigen als Hilfschuhmann einzustellen. Der hiesigen Freiwilligen Feuerwehr wird anlässlich ihres 10jährigen Stiftungsfests und in Anerkennung ihrer Tätigkeit zum Wohle der Allgemeinheit eine Ehrengabe von 150 Ml. bewilligt. Die Wahl des Hilfesekretärs Waldfeld in Wurzen wird bestätigt. In der nächstfolgenden Sitzung werden eine Anzahl Armen- und eine Konfessionszache erledigt.

**Thella. Elternratsbildung.** Zur Frage der Mädchenfortbildungsschule wird beantragt, die Unterrichtsstunden auf die Frühstunden zu verlegen, was auch für die Fortbildungsschüler erfreut wird. Die Stundenzahl soll für Mädchen und Knaben gleich hoch gesetzt werden. Wöchentlich 2 Stunden Unterricht werden als ungenügend bezeichnet. Mit den Gemeinden Borth und Plaust soll eine Verhandlung beabsichtigt werden. Nach einer Ausprache über die Einführung der westlichen Schule wird beschlossen, baldigst eine Elternversammlung mit diesem Thema einzuberufen, wozu auch die Elternschaft der vorgenannten Orte geladen werden soll. In der Versammlung soll auch eine Aussprache über die Mädchenfortbildungsschule stattfinden. Den Eltern soll durch Anschlag bekanntgemacht werden, daß die Vermittel für die Elementarstufen unentgeltlich verabreicht werden. Da die Lehr- und Lernmittelreihe nicht vollständig durchgeführt ist, wird deren Einführung beschlossen. Ausnahme macht das Material für den Radelarbeitsunterricht, das für Gegenstände des eigenen Bedarfs verwendet wird. Dieses soll für den halben Einkaufspreis abgegeben werden. Ein Genosse führt Beschwerde, daß bei der Quäkerfeier keine Rente, die nicht an Ort und Stelle verzehrt wurden, in den Abfallkörner geworfen werden müssten. Es werden Schritte zur Beseitigung dieses Zustands unternommen.

**Taura.** Freitag, den 25. Februar, findet eine öffentliche Sitzung des Stadtgemeinderats statt.

**Liebertwolkswitz. Aus dem Gemeinderat.** Dem Gesuch des Tierarztes Dr. Brunner um Zulassung als wissenschaftlicher Fleischbeschauer wurde entsprochen. Das Gesuch der Sammelgenossenschaft Holzhausen um Erhöhung des Beitrags zur Reinigung des Schafgrabs wurde abgelehnt, weil durch Schaffung der Kläranlage die Gemeinde der Beitragsverpflichtung entzogen ist. Einstimmig genehmigte der Gemeinderat die Instandsetzung des völlig defekten Dachs des Rathauses; auch soll bei dieser Gelegenheit durch Anlegen und Einziehen einiger Platten die Geschäftsräume der Sparkasse erweitert werden. Um der Wohnungsnot zu steuern, sollen im Dachgeschoss des Rathauses zwei Wohnungen eingebaut werden. Die vom Architekten Koppe vorgelegten Pläne fanden allgemeine Zustimmung. Es soll versucht werden, Mittel aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu erlangen. Ein entsprechendes Gesuch wird beim Ministerium eingereicht. Eine heftige Aussprache ergab sich bei der Beratung der Vergabeung der Maurerarbeiten. Von unserer Partei wurde beantragt, die Maurerarbeiten in eigener

Ausführung, was bei den Bürgerlichen heftigen Sturm auswirkt; trotzdem wurde die Ausführung der Maurerarbeiten in einer Regel gegen die Stimmen der Bürgerlichen beschlossen. Die Bevölkerung über die Ausführung der Zimmerarbeiten wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt. Alle sonstigen Handwerksarbeiten sollen ausgeschrieben werden. — Der Verlängerung des Pachtvertrags mit der Firma Bräsel u. Sohn unter den bisherigen Bedingungen wurde zugestimmt. Ein Antrag auf Erhöhung der Pachtepreise wurde vertagt, desgleichen ein von den Kommunisten eingebrachter Antrag, weil dazu erst die Kraftlinienstellung nehmen müssen. — Über eine in der Gasanstalt erfolgte, ohne Schaden verlaufene Explosion wurde berichtet und im Zusammenhang damit ein günstiger Betriebsbericht der Gasanstalt für den Monat Januar gegeben. — Die hiesige Landwirtschaft soll angeregt werden, das in der Gasanstalt gewonnene Ammoniumwasser zu Düngzwecken nutzbringend zu verwenden.

**Vindenthal.** Der hiesige Verein proletarischer Freideuter veranstaltet zu Palmatur eine Jugend- und Lebensweihe für alle Konfirmanden, welche an dem kirchlichen Alt nicht teilnehmen wollen. Anmeldungen hierzu werden bis 6. März von den Geistlichen Welt, Haupt und Küster entgegengenommen. Alle bis jetzt angemeldeten Knaben und Mädchen wollen sich zu einer Begrüßung am Sonntag, den 27. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Restaurant Böhme, Erdgesch., einfinden. Die Eltern sind selbstverständlich eingeladen.

**Kleinmühle. Gemeinderatsherold.** Herr Gemeinderat Rudolph teilt mit, daß die Wahl als Berufsvorstand vom Justizministerium genehmigt worden ist. — Ferner wird von der Erhöhung der Prämie für die Haftpflichtversicherung Kenntnis genommen. — Der Gaspreis ist wiederum, und zwar auf 1,90 Ml. für den Kubikmeter erhöht worden. — Herr Rudolph ist auf Vorschlag zum Mitglied des Steuerausschusses gewählt worden. — Von einer Nachforderung zur Bezirkssteuer in Höhe von 895,60 Ml. wird Kenntnis genommen. — Die Feuerpreise der früheren Gemeindefeuerwehr ist an die Gemeinde Königszelt verfaßt worden. — Über eine durch den Verbandsvorstand vorgenommene Kassenrevision im hiesigen Gemeindeamt macht Herr Rudolph Mitteilung. — Von dem erststehen Jahresbericht nimmt der Gemeinderat Kenntnis. — Das aufgestellte Regulat über die Belästigung unehrer Reklame wird genehmigt. — Als Vertrauensmann für die Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft wird Herr Gustav Steyer und als Stellvertreter Herr Hugo Schumann gewählt. — Dem Leipziger Helm für gebrechliche Kinder wird ein Beitrag von 20 Ml. bewilligt. — Das Ortssech über Tagelieder und Reiseloften wird in der vom Finanzausschuss vorgeschlagenen Fassung in erster Lesung angenommen. — Der für das Rechnungsjahr 1921/22 aufgestellte Haushaltspunkt, der vom Finanzausschuss durchberaten wurde, ist, wird genehmigt. Es ergibt sich ein Gehbeitrag von 31 300 Ml., der durch Grundsteuern aufzuholen ist. — Infolgedessen macht sich eine Verkürzung der Gemeindegrundsteuerordnung nötig, wonach die Grundsteuer prozentual steigend erhoben werden soll. Der Entwurf wird in erster Lesung angenommen, nachdem einstimmig beschlossen wurde, ihn nachträglich auf die Tagessordnung zu legen. — Die Kirchensteuerordnung wird in der von der Amtshauptmannschaft vorgeschlagenen Fassung angenommen. — Ein 4. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung, die Hundesteuer betr., wird auch durch einstimmigen Beschluß auf die Tagessordnung gelegt und in erster Lesung angenommen. — Der frühere Zeichplatz soll nach einem Vorschlag von einem hiesigen Zimmermann mit einer Umzäunung versehen werden. — Die Befüllung der Ratten soll durch Rattenfalle vorgenommen werden, und zwar durch Beauftragte der Gemeinde auf Kosten der letzteren. — Der Vereinigung zur Krankenfürsorge wird ein Beitrag von 20 Ml. bewilligt. — Ferner wird dem Verein für Wohlfahrtspflege für das Scholengymnasium Tannenmüller ein einmaliger Beitrag von 300 Ml. bewilligt.

**HALPAUS-RARITÄT**

Die unübertroffene Qualitäts-Cigarette

ANTON SCHWARZ

**Welt-Theater  
Lichtspiele**

Am Markt — Barfußgasse 12

Vom 25. Februar bis 3. März

Das 3. und grösste Abenteuer  
der schönen Kathlyn

bettelt

**Unter den Wüstenräubern**

5 Raubtier-Drama aus dem sagenhaften Indien, voll Spannung und Sensationen.

5 Akte

Ferner:

**„Fremde Welten“**

Ein selten schönes Gesellschafts-Drama  
aus unseren Tagen mit

Maria Zelenka, H. Peters-Arnold  
Lotte Lorring etc.

Deinächst der Saison-Schlager

**? Hamlet mit Asta Nielsen ?!**

Satentanwaltsbüro Sack,  
Leipzig, Brühl 2.

**Billige Korsets**

Weil kein Laden, große Auswahl! Anfertigung auch nach Maß von meinen oder auch zugegebenen Stoffen.  
Hohrichs, Leipzig-Schleußig, Könneritzstr. 15. I

**Große billige Seefisch-Tage**

ff. blutfr. Seelachs . . . .

in ganzen  
Fischen  
Pfund

150

ff. Kabeljau . . . . .

Mk.

ff. Goldbarsch . . . . .

im Anschnitt Pfund 1,65 Mk.

Originalkörbe mit 100 Pfund Inhalt 135.— Mk.

Blutfrischer Mittel-Schellfisch . . . . .

Pfund von 1,50 Mk. an

Blutfrische große grüne Heringe 3 Pfd. 5.— Mk.

Originalkiste 145/150 Pfund Inhalt 210.— Mk.

Fischwaren-Großhandlungen

Walter Krause

Bücherstraße 11

Telephon 9040

Wurzner Straße 2a

Telephon 60721

Richard Voigt

Eisenbahnstraße 121

Telephon 60661

Prämpter Bahnhofsvorstand unter Nachnahme

Br. Schmalz d. bill. Tagesov. Empfehl:

teine Kühlbw. frische Qual. Prima Rindfleisch Pf. 8,-

Tafelmarg. witt. Pf. 11,50 Melb. u. Knadwurst Pf. 10,-

Chmars. goldfr. Pf. 10,50 Leberwurst Pf. 8,-

Verd. u. Knablwurst Pf. 8,-

La Berlin. feine Rong. Pf. 10,50 Blutwurst Pf. 4,-

In Böll. fein. Brüch Pf. 2,50 Täglicher Verkauf.

La Goldbirle Pf. 3,00 Seebrotk. 23. Ede Almbr. Str. 2,-

La Goldbirle Pf. 3,00 Sowjetblumen von 1,20 an

Damen-Hemden m. Stickerl u. Bonitaum. 3 Pfund 1,20

Unterhosen m. Stickerl 1,50

Beintkleid Pf. 4,- 35,-

Matrosenhemden Pf. 60,- 39,50

Einzelhemden Pf. 28,- 22,-

Wirtshäfste-Schürze mit Wat. Schwarz nur Pf. 28,-

Unterhose, weiß. Pf. 45,- 42,-

Reform-Höschen, Gr. 35-60 Pf. 5,50-13,-

La Babb.-Wölk. Pf. 20,-

W. Wolfson, Leipzg. Alte Str. 20

Empfehl: Prima Rindfleisch Pf. 8,-

La Schweineh. Pf. 11,20 16,00

La Rindf. sauer, weiße Ware Pf. 14,50

La Rindf. best. Rindf. 11,25 von 3 Pfund an 2 Pfund 14,-

La Rindf. goldgelb Pf. 12,00 von 3 Pfund an 2 Pfund 11,-

La Margarine Pf. 10,- 11,-

La Margarine Pf. 1



**Terrasse**

L.-Kleinzschocher  
Inhaber H. Dümpele  
Telefon 40634.  
Morgen Freitag ab 1/27 Uhr

Ball. Neues Orchester — 2 — 3 Uhr Konter.  
Eintritt 2 Mk. — Tanz frei.



Garantiert Friedensqualität, wieder überall erhältlich, wo nicht, wende man sich an  
**L. Minlos & Co., Köln-Ehrenfeld**  
oder unsern Vertreter  
**G. Mühlhaupt, Leipzig, Hohenzollernstr. 2**  
Fernsprecher 8576.

**Robert Röser, Fleischermeister**  
L.-Reudnitz, Wallwitzstraße 2  
nebst von heute ab u. o.:  
**Schweinefleisch . . . Pfund 14.— M.R.**  
**Speck und Schwarzküchlein . . . 15.— "**  
**Prima Nicentalg . . . 10.— "**

Heute letzter Tag: Paul Wegener

### Arbeitsmarkt

Zigarettenmacher finden  
dauernd, Belegschaft, Zigarrenfabrik, Antes.

Eintr. Delitzscher Str. 24, Hof.

Fährtiger zuverlässiger

**Händler**  
zum Verkauf v. preiswert,

**Herren-Stoffen**  
an Fleischkundin, gehabt.  
Günst. Bedingung, öffentl.  
erh. u. F. 80 Gros. d. Bl.

Strassenhändler

f. hochwert. neu. vorr. L. 1.  
Brods. Kleiderstoff, hoher  
Preis, Ante. W. Metropol Verla.

Bln. Kleiderau. Granat. 57.  
40-45 L. Preis in französischen  
Haushalt zu 2 Schuljahrta.

Kinderen gehabt. Offeren u.

2. Fil. d. Bl. Thorberg.

Obere Aufzehrung

halb 2 Stunden gesucht.

Cogn. Wiedehoferstr. 2, v. lts.

Verkäufe

Nur an Verbraucher!

**Kakao**

1 Pfund 15.50 M.R.

Gute Blodshotolate 100 g 4 M.R.

"Der kleine Laden"

Zithoherche Straße 62.

Frisch. Nied. Kaut. u. Thr.

Spie. Leinöl 17. - 14.

Hov. Wutzen Str. 177.

Zigaretten - Tabak

50.-gr. Karton nur M. 7.50

Großerstr. 41 u. Elsterstr. 3. 1.

Wiederberauf. Chancopreise

ab Fabrikant. Elsterstr. 17. pt.

Zigaretten, Zigaretten u. Tabake

erhalten Sie preiswert und

in großer Auswahl u. bei

Oettemann, Reiterstr. 49

1. Bl. Stiefel (280) 1. Bl.

Schnürschuhe, Gr. v. prov.

Lindner, Oswaldstr. 3. IV. r.

Gelegenheitslauf!

Um d. Lauer zu räumen, neu.

neue u. getragene Schuhe

aller Sorten weit unter Preis

Sicherheit, Bayerische Str. 83.

Herrenstiefel, l. Post, 11.18.1.

Konfirmandenstiefel bill. zu

pt. Bl. Naumburg. St. 2. II. r.

Konfirmandenstiefel bill. zu

pt. Bl. Naumburg. St. 2. II. r.

Telephon 10401.

Große Auswahl in nur

herausgeföhrt getragenen

kleid. Blus. Möni. Röd.

und dergl. Kleide. Claub.

Windmühlenstr. 45. 1. Etage.

Bericht. Herren-Garderobe

aus Kleiderstoff. Cutaway.

Smoking, Gehrod. u. Jodell-

anzug, eins. Soien verl. prov.

Windmühlenstr. 32. Bl. A. IV. r.

Zwei Jodett-Anzüge

neu, 375 getrag. Gehrod.

Anzugs, 2. gest. Bl. sehr prov.

Demmeringstrasse 72. II. II. r.

2. Anzüge, 195. 350. Cutaway.

neut. 375. Ulster bill.

Naumburger Str. 7. 1. r. rest.

Getr. Anzugs, mittl. Bl. 90 %

zu verl. Dieserlauf. 105 III. 1.

Cutaway, neit. Hohe. Röd. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

bill. Röd. 11. I. r.

2. Anz. 350. Cutaway.

</div

# Freitag und Sonnabend Letzte Tage

des  
Sonder-Angebots  
in

## Herren-Anzügen

# Gebr. Manes

Leipzig, Reichsstrasse 11

### Unsere Verkaufsräume

sind für die Messe vermietet.

### Um Platz zu schaffen

gewähren wir in der Mess-Vorwoche

Beginn:

Ende:

Freitag, 25. Februar Freitag, 4. März  
auf unsere bekannt billigen, äußerst herabgesetzten Preise noch

### 5% Extra-Rabatt

die an der Kasse bar in Abzug gebracht werden.

Einige Beispiele unserer Preiswürdigkeit

**Herrenstiefel** sehr strapazierfähig 129.—  
ab 5% Extra-Rabatt 6.45  
Netto Mk. 122.55

**Damenhalbschuhe** moderne Form, gute Qualität 76.—  
ab 5% Extra-Rabatt 3.80  
Netto Mk. 72.20

**Damenhalbschuhe** braun, elegante Form 145.—  
ab 5% Extra-Rabatt 7.25  
Netto Mk. 137.75

**Damenstiefel** Qualitätsware, bestes Fabrikat 152.—  
ab 5% Extra-Rabatt 7.60  
Netto Mk. 144.40

**Damenstiefel** fester Strapsierstiel 95.—  
ab 5% Extra-Rabatt 4.75  
Netto Mk. 91.25

**Lack-Schnürschuhe** frische, kurze Form, garantiert bestes Lackleder 169.—  
ab 5% Extra-Rabatt 8.45  
Netto Mk. 160.55

**Weisse Schnürschuhe** Prima Lederboden und Lederbrandsohle 59.—  
ab 5% Extra-Rabatt 2.95  
Netto Mk. 56.05

**Extrabilige Preise für Kinder-Stiefel.**

**Extrabilige Preise für Konfirmanden-Stiefel.**

**Schuhhaus**  
**Liebermann & Co.**  
Reichsstrasse 4-6 (Specks Hof)  
Eisenbahnstrasse 55.

Ziehung 21. bis 26. März

### Geld - Lotterie

des Landes-ausschusses für Krüppelfürsorge in Sachsen, zu Gunsten der Krüppelhilfe.

Hauptvertrieb: Alexander Kessel, Dresden, Wolfsgasse 1.

Hüchstgewinne 1. günstig. Fall 100 000

Prämie: 75 000

25 000

10 000

5 000 etc.

kleinstes Gewinn M. 10

Losse & M. 4.— (Postgeld u. Linte M. 1.10 bei den Staatslotterie-Einnahmen und den durch Plakate kennlichen Geschäften.)

### Schuhwaren

Rinderstiefel

Gr. 27/31 Ml. 80, 80, 50, 45

Gr. 31/35 Ml. 90, 75, 55, 50

1. Volt. weiße Halbschuhe, weit unter d. sonst. Wert, jerner braune Halbschuhe, Konfirmandenstiefel und all. and. Schuhwaren, teilw. m. kl. unansehnlich. Fehler zu spottbill. Preisen in Hellers

Parties Schuhwarengesch., Goldbahnsgäßchen 4." Sonnabends geöffnet!

### KARNEVAL

SCHERZ LÄRM ARTIKEL

Katalog verlangen

Rich. Lipinski

LEIPZIG Königstr. 12.

### Billig kaufen Sie

Röcke und

Blusen

modern. Form, gute Stoffe

P. Schmitz Nachf.

Nikolaistrasse 5

36 Specks Hof-Passage, Laden 36

### Achtung!

Hausfrauen!

Weisse Bohnen pfld. 1.20

Linien ..... pfld. 3.00

Grüne Bohnen lehr 80-

alles garantiert gut Kochend

Otto Rathert, Lindenau,

Merseburger Strasse 127.

KAUF HAUS

# BRÜHL

Zu sehr niedrigen Preisen

## Schuhwaren

Herren-Stiefel	75.00	Damen-Stiefel	95.00
einzelne Größen . . . Paar		Rind- und Rohbox . . . Paar 125.00	95.00
Herren-Stiefel	125.00	Damen-Stiefel	125.00
Chrom-Chevr., Lederbrandsohle, in allen Größen Paar		Lackbesatz mit hellgrau u. braunen Elastikten, hoher Schaft . . . Paar	125.00
Herren-Stiefel	135.00	Damen-Stiefel	150.00
Rindbox, Lederbrandsohle, alle Größen . . . Paar		Lackbesatz, Hochschaft, Schwarzsleder-Elastikpaar	150.00
Herren-Stiefel	150.00	Damen-Halbschuhe	65.00
Chevreux, Rahmenarbeit . . . Paar		Rindbox, Lackkappe, mod. Form . . . Paar 78.00	65.00
Herren-Stiefel	150.00	Damen-Halbschuhe	92.00
Lackbesatz, einzelne Größen . . . Paar		Rindbox mit u. ohne Lackkappe, kurze Form. Paar	92.00
Herren-Halbschuhe	85.00	Damen - Spangen-schuhe	95.00
Durbschnitt, breite mod. Form . . . Paar		moderne Form . . . Paar	95.00
Knaben-Stiefel	95.00	Damen-Halbschuhe	115.00
breite Form, Größe 26-30 . . . Paar 135.00		braun, moderne Form, Ziegenleder . . . Paar	115.00
Herren - Spangen-schuhe	17.50	Damen-Halbschuhe	175.00
Sogeltuch, Leder-sohle . . . Paar		braun, echt Chevreux, moderne Form . . . Paar	175.00
Damen - Spangen-schuhe	17.50	Damen - Spangen-schuhe	95.00
Leder, Ledersohle . . . Paar		braun, einzelne Größen . . . Paar	95.00
Damen-Stoff-Nieder-treter	14.50	Kinder-Stiefel	45.00
. . . Paar		Leder Gr. 31-35 55.00 Gr. 37-38 50 Pfad	45.00
Kinder-Hausschuhe	2.25	Damen-Halbschuhe	39.00
Zellstoff, Größe 26-28 . . . Paar		weiß, Leinen, gute Leder-sohle . . . Paar	39.00

## Seifen und tägliche Bedarfsartikel

Fein-Seife	2.90	Blitzblank Scheuerpulver	30
100 Gramm-Stück . . . . .		Beutel	30
Fein-Seife	95	Hoffmanns Reisstärke	6.25
gut parfümiert, 2.65 2.35 1.85 . . . . .		mit Katze . . . . . Pfund	6.25
Doerings-Seife	3.90	Reisstärke	2.75
Marke Adler . . . . .		ausgewogen . . . . . Pfund	2.75
Reine Spar-Kern-Seife	3.90	Maisstärke	2.50
250 Gramm . . . . . Doppel-Stück		ausgewogen . . . . . Pfund	2.50
Ia Kern-Seife	5.50	Neustärke Snehella	90
Schwarzer-Marke, 250 g D-Stek.		Paket	90
Echte Sunlight-Seife	6.00	Doppel-Bleichmittel	10
Doppel-Stück . . . . .		Chlor-Paket	10
Quillaya-Kernseife	7.00	Zündhölzer	2.40
ca. 220 Gramm . . . . . Stück		Paket	2.40
Schmierseife	6.00	Sidol flüssiger Metallputz	95
gar. reine Friedensware . . . Pfld.		Flasche 9.75 4.50 1.25	95
Rasier-Seife	1.50	Hartspiritus	6.25
Stück 2.95 1.75 . . . . .		große Dose	6.25
Seifenpulver	3.40	Dalli-Glühstoff	4.50
10% Fettgehalt . . . . . 1 Pfund		für Plättelisen . . . . . Karton	4.50
Seifenpulver	2.75	Stahl-Späne	3.65
Salm. Terp. . . . . 1 Pfund		abgeteilt für Parkettböden . . . . . % Pfund	3.65
Bleichsoda Rotstern . . . . . Paket	1.35	Parkett- u. Linoleum-Wachs	
Reines Krystalsoda	1.00	Dose ca. 2 Pfld. 1 Pfld. % Pfld.	
ausgewogen . . . . . Pfund		21.00 10.50 5.50	
Damen-Binden	7.25	Damen-Binden	3.25
Watte mit Mull . . . . 1 Dutzend		gestrickt . . . . . Stück 4.50	3.25

## Konfitüren-Abteilung im Erdgeschoß

Vanille-Bl.-Schokolade	4.40	Vollmilch-Bl.-Schokol.	5.90
100 Gramm . . . . .		100 Gramm . . . . .	5.90
Vanille-Schokolade	4.90	Igeha-Schokolade	2.85
100 Gramm-Tafel . . . . .		50 Gramm-Tafel . . . . .	2.85
Feine Schokolade zum Rohessen	5.60	Schwerter-Schokolad.	3.20
100 Gr.-Tafel . . . . .		50 Gramm-Tafel . . . . .	3.20
Nuß-Schokolade m. ganz. Nüssen, 100 Gramm-Tafel . . . . .	6.00	Teegebäck	4.25
Mokka-Schokolade	5.90	Fourich München . . . . % Pfund	4.25
100 Gramm-Tafel . . . . .		Schokolad.-Mischung	6.00
		Fourich München . . . . % Pfund	6.00